

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestell-
geld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40.

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verbands-Anzeigen werden mit 30 % für die Drei-
gespaltene Zeitspalte oder deren Raum berechnet.

Sonnabend, den 26. Oktober, findet die nächste allgemeine Zählung der Arbeitslosen statt. Kein Kollege darf übergangen werden!

Der Kongress der Christlichen.

Es ist schwer zu sagen, warum die Christlichen Gewerkschaften gerade Dresden, die rote Hauptstadt des roten Königreichs, zum Tagungsort ihres achten Kongresses wählten. Vielleicht geschah es, um ihr interkonfessionelles Wesen besonders nach der evangelischen Seite hin stark zu betonen; — aber gleichviel, in einer Hinsicht war gerade Dresden ein prächtiger Tagungsort für einen christlichen Gewerkschaftskongress: in kaum einem zweiten Orte hätten die Christlichen einen so freudigen Empfang durch den Trost der Behörden und andere bewährte Arbeiterfreunde gefunden wie hier. Die Zahl der christlich organisierten Arbeiter im Königreich Sachsen beträgt wohl kaum tausend — einige Tuchgewerbe- und Getreibebeiter —, während die freien Gewerkschaften dort mehr als 200 000 Mitglieder zählen. Nirgend ist darum die Sehnsucht der herrschenden Klassen nach richtiggehenden „nationalen“ Arbeitern so groß wie hier, nirgend tritt die Gewerkschaftseindringlichkeit der Unternehmer und Behörden so heftig und unerbittlich an die Öffentlichkeit. In einer solchen Luft haben die christlichen Gewerkschaften doppelte Anziehungskraft auf die hohen Herren.

Und sie waren darum auch zahlreicher als je gekommen, all die Interessenten der Arbeitersplitterung: der Vertreter der Reichsregierung, ein Geheimrat aus dem Reichsamt des Innern, daneben ein Vertreter der sächsischen Staatsregierung, vielleicht der Herr, der die Vorschläge zur Abwägung des Koalitionsrechts ausarbeitete, dann kirchliche Würdenträger beider Gattungen und schließlich neben andern merkwürdigen Arbeiterfreunden Vertreter der Rechtsparteien, darunter der konservative Graf Cramer, der nationalliberale Präsident Vogel, der christlich-soziale Abgeordnete Mumm und dazu zwei sehr bemerkenswerte Freunde der Christlichen: der Vorsitzende der Kriegervereine Sachjens, irgend ein Hauptmann d. R. und ein Vertreter des Bundes der Landwirte. Das sind die Herren, auf die sich unsere Christlichen organisierten Klüngelsoffen verlassen, denn sie Ehrenplätze geben und die sie als Ehrengäste begrüßen und für jedes Wort mit jubelndem Beifall überschütteten. Und die Herren schickten sich gut in die Rolle, sie redeten von der „Gemeinsamkeit aller bürgerlichen Parteien“, oder vom „nationalen Gedanken“, oder vom „Geiste des Christentums“, oder, wie der Landbündler, von dem Zusammenarbeiten beim „Schutz der nationalen Arbeit“. Es gab Delegierte, denen diese Eröffnungsfeierlichkeiten offenbar peinlich waren und die still vor sich niedersahen, aber die Mehrheit gebärdete sich wie toll vor Freude, wenn einer der hochgeborenen Herren die Christlichen seiner Huld versicherte.

Gewiss, man könnte diese Neußerlichkeiten unerwähnt lassen; man könnte es, wenn sie wirklich nur Neußerlichkeiten gewesen wären. Aber sie waren mehr. Man kann nicht gut annehmen, daß diese Herrschaften alle so blinzelnd heringeknickt gekommen wären, sie werden eingeladen gewesen sein. Und dann war diese Einladung mehr als ein Höflichkeitsakt, dann war sie eine Rundgebung. Als einen Höflichkeitsakt mag man die Einladung der Behörden ansehen. Die Einladung der politischen Parteien, des Militärvereins und des Bundes der Landwirte hatte mit Höflichkeit nichts zu tun; hier handelte es sich um die Rundgebung einer Lebensverwandtschaft der Einladenden und der Eingeladenen, der christlichen Gewerkschaften und der Rechtsparteien mit ihren Anhängern: Militärvereine und Landbündler.

Diese Feststellung mag den christlichen Leitern unangenehm sein, aber sie werden sie nicht erschüttern können. Und darum sei es noch einmal betont: diese scheinbar äußerlichen Dinge waren mehr, sie waren der Ausdruck der gegenwärtigen Stimmung in den leitenden Kreisen der christlichen Gewerkschaften. Die folgende Betrachtung wird zeigen, daß sie auch durchaus im Einklang mit dem Verlauf des Kongresses stehen.

Der von Stegerwald erstattete Ausfuhrbericht brachte einige Bemerkungen über das Verhältnis der christlichen zu den freien Gewerkschaften. Eine Rechtschwenkung, sagt Stegerwald, wie sie uns die sozialdemokratischen Gewerkschaften nachsagen, haben wir nicht gemacht; die Verschärfung des Kampfes ist vielmehr eine Folge der Einkschwengung der freien Gewerkschaften. Und dann holte er weit, sehr weit aus, um das zu beweisen. Vom Böhmischen Kongress der freien Gewerkschaften und dem Jenaer Parteitag der Sozialdemokratie bis zu den allerletzten Massenstreikereien in Pannetöfs. Nach Stegerwalds Auffassung haben die freien Gewerkschaften vor der Richtung Pannetöfs-Zuremburg die Waffen gestreckt und sich auf Gebet und Verberb zu deren Taktik bekannt. Wohnt es überhaupt, auf eine solche Beweisführung einzugehen? Wir können nicht glauben, daß es irgendeinen Menschen gibt, der das für wahr hält, ja, wir, glaube ich nicht einmal, daß Stegerwald selbst dieser Meinung ist. Wer die deutsche Arbeiterbewegung kennt, weiß, daß jene Richtung, die nun schon seit mehr als zehn Jahren mit dem Gedanken des Massenstreiks spielt, weder in der sozialdemokratischen Partei noch in den freien Gewerkschaften eine Nummer hat, daß es sich dabei um genau solche Eingänger handelt, wie es im Zentrum etwa Herr Noeren oder Graf Oppersdorf sind oder waren. Sollte Stegerwald gar nicht merken, wie verächtlich seine gewinnene Beweisführung ist? Wer mit solchen Dingen arbeiten muß, mit Erklärungen, an die er selbst unmöglich glauben kann, der hat Grund, muß Grund haben, die Wahrheit zu verhehlen.

Daneben beschäftigte sich Stegerwald in dem Bericht mit der Forderung und mit dem Zustandekommen der Reichsversicherungsordnung. Bei der ersten trat er — wohl aus Rücksicht auf die neuen Freunde vom Bund der Landwirte — sehr sanft auf, bei der zweiten arbeitete er mit dem alten Bößdinn, die Verbesserungsanträge der Sozialdemokratie würden einen Mehraufwand von 4000 Millionen Mark notwendig gemacht haben und hätten darum abgelehnt werden müssen. Auch die Herabsetzung der Altersgrenze!

Von den dabei erlegten Anträgen ist einer hervorzuheben, wonach der Ausschuss der Einführung einer Volksversicherung näher treten soll. Dieser Antrag gibt uns zu einigen notwendigen Bemerkungen Anlaß. Es ist natürlich klar, daß dieser Antrag durch die von unsen Organisationen geplante „Volksfürsorge“ verursacht worden ist. Die Christlichen folgen also hier den Spuren der „Sozialdemokraten“, wie sie ihnen gefolgt sind bei nahezu allen ihren organisatorischen Einrichtungen. Das ist nicht weiter verwunderlich und man braucht kein Aufhebens davon zu machen. Aber ist es dann nicht, sagen wir ganz gelinde: eine unverkämpfte Unwahrscheinlichkeit, wenn sich die Christlichen anpreisen und preisen lassen als die Vorkämpfer positiver Gewerkschaftsarbeit! Da lesen wir schwarz auf weiß in einem Stegerwaldschen Referat zu einem andern Punkt der Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie will die Arbeiter völlig absondern vom Kulturleben der Nation“. Das mag man von einer Bewegung zu

sagen, die die erste Auserin war im Streit gegen die erzwungene Kulturlosigkeit der Arbeitermassen, die diesen Kampf zu ihrer größten, ja einzigen Aufgabe gemacht hat. Alle Wege, die heute zur Hebung der Kultur der Arbeiterklasse beschritten werden, hat die vom sozialistischen Geiste erfüllte Arbeiterbewegung gefunden. Sie hat für die Erweckung und den Aufstieg der Arbeiterklasse geopfert, gekämpft und gestrebt, als die heutigen Führer der Christlichen noch nichts weiter konnten und taten als Choräle singen und Rosenkränze beten, und sie tut es heute noch zu jeder Zeit in einer Weise, daß die ganze christliche Herrlichkeit zwanzig Jahre arbeiten kann, ehe sie das leistet, was von uns in einem Jahre geschieht. Allerdings müssen wir dabei auf den Beifall der Ehrengäste des christlichen Kongresses verzichten.

Aus der Diskussion über den Bericht erwähnen wir einige Ausführungen des Bergarbeiterbelegierten Imbusch. Dieser bedauerte die Unmenschlichkeiten der Streikjustiz im Ruhrgebiet, tabelte jedoch zugleich den Regierungspräsidenten zu Düsseldorf, weil der nicht sofort Militär zum „Schutz der Arbeitswilligen“ angefordert hat, sondern mit der Polizei ausgekommen ist. Dann aber meinte Imbusch: „Am meisten ist zu bedauern, daß es nicht möglich war, die wirklichen Schuldigen zu fassen (nämlich die Führer des Bergarbeiterverbandes), denen war eine empfindliche Bestrafung zu gönnen. Es ist schade, daß die Gesetze darin verfallen.“ Hier begegnete sich die „christlichen“ Wünsche mit denen unseres Herrn Rood in Dresden, der bekanntlich im vorigen Jahre ein solches Gesetz forderte, wonach die Gewerkschaftsvorstände für etwaige Ausschreitungen der Streikenden bestraft werden sollten. Ähnlich so wollte es ja die Zuchthausvorlage.

Bei diesen wie bei den folgenden Verhandlungen war viel von dem „Materialismus“ der sozialdemokratischen Bewegung die Rede. Welch lichtvolle Klarheit in den christlichen Köpfen darüber besteht, hörte man gleichfalls bei einem Stegerwaldschen Referat. Da tropfte dieser weisheitsschwere Satz von des Redners Lippen: „Man darf die materiellen Triebkräfte nicht unterschätzen, aber auch nicht überschätzen.“

Die in diesem Satz ausgedrückte wunderbare Klarheit konnte man noch oft bemerken. Da priess einer die christlichen Lehren, weil sie das Wirtschaftsleben mit sittlichen Grundbägen erfüllen (Stegerwald), und dann trat wieder einer auf, der gebieterisch forberte: „Die Volkswirtschaft muß sich von ethischen Werturteilen freihalten! (Bergmann).“ Dann hörten wir: „Die christlichen Gewerkschaften verwerfen den Standpunkt, daß das Wirtschaftsleben nur durch reale Machtverhältnisse reguliert werden könne“ (Stegerwald), und dann mußten wir wieder, umlernen: „Erst durch die Macht muß das Recht geschaffen werden. Die realen Tatsachen sind entscheidend (Stegerwald).“

Mit der heiter-verständlichen Wirkung dieser Aussprüche wollen wir für heute schließen.

Die erste Reichskonferenz der Stufateure.

So zahlreich hatten sich Vertreter der organisierten Stufateure aus allen Teilen des Reiches noch zu keiner Tagung zusammengefunden, wie zu der Sonntag, den 6. und Montag, den 7. Oktober, im „Kaufmännischen Vereinshaus“ zu Frankfurt a. M. stattgefundenen ersten Reichskonferenz der dem Deutschen Bauarbeiterverbande angehörenden Stufateure. Von den letzten Verbandstagen des Stufateurverbandes verzeichneten der 1908 in Mün-

berg abgehaltene 41 Delegierte, der Verbandstag in Cassel 1909/39 und der letzte Verbandstag 1911 in Dresden 43 Delegierte. Dagegen konnte die von der Konferenz zur Prüfung der Mandate eingesetzte Kommission die Anwesenheit von 33 Vertretern feststellen, deren Mandate sie im Plenum sämtlich, als gültig zu erklären beantragte. Von diesen waren 39 gewählte Vertreter, der zu 53 Wahlabschnitten zusammengelegten Stufateursektionen; die übrigen waren aus den Reihen der Puber in den größeren Städten herangezogen. Im Auftrage des Verbandsvorstandes nahmen an der Konferenz die Kollegen Fris Paeplow, Christian Odenhof und Rud. Thielberg teil. Von den Bauvorständen waren die Kollegen Heint. Güttmann vom Bau Frankfurt und Joh. Werfel vom Bau München anwesend. Die Leitung der Verhandlung wurde den Kollegen Paeplow und Hagen-Reißig als Vorsitzende sowie den Kollegen Eberwein und Bester-Frankfurt als Schriftführer übertragen. Mit der Aufnahme des Protokolls wurde Thielberg betraut.

Der seit dem Dresdner Verbandstage verstrichene etwa einundzwanzigjährige Zeitraum war für die Stufateurbewegung der reichste an bedeutungsvollen, das organisatorische Berufsleben vom Grund auf bereichernden Ereignissen. Als vom vorjährigen Verbandstage in Dresden beschlossene Vorname einer Urabstimmung über die Angliederung des Stufateurverbandes an den Deutschen Bauarbeiterverband erfolgte von Mitte September bis 8. Oktober d. J. Am Tage nach der Konferenz jachte somit der Tag, an dem die bis dahin über die Angliederungsfrage selbst beständige Unklarheit beseitigt wurde. Wohl vergingen noch zwei bis drei Wochen, ehe den Mitgliedern das Resultat der Urabstimmung zur Kenntnis gebracht werden konnte, die Frage selbst aber war am 8. Oktober 1911 entschieden. Wie sie entschieden wurde, ist allen Beteiligten bekannt. Bei einer Beteiligung von 54,1 pSt. der Mitglieder an der Abstimmung betrug die Majorität der die Angliederung befürwortenden Stimmen 62,9 pSt. Damit war zur Freude aller aufrichtigen Freunde des gewerkschaftlichen organisatorischen Fortschritts die Angliederung beschlossen, die dann am 1. Januar d. J. vollzogen wurde. Die Rechte und Pflichten des Stufateurverbandes respektive seiner Mitglieder gingen damit an den Deutschen Bauarbeiterverband über. Der bis Ende April erfolgte Uebertritt brachte einen hoch erfreulichen Beweis von der Einmütigkeit der Mitglieder des Stufateurverbandes. Von den 10 781 Mitgliedern, die dem Stufateurverbande am Schlusse des Jahres 1911 angehörten, hatten auf Grund der Zahl der ausgetretenen Mitgliedsbücher bis Ende April 10 300 ihren Uebertritt in den Deutschen Bauarbeiterverband vollzogen. Dies Resultat war um so erfreulicher, als wohl mancher, der die Stimmung in einigen der Angliederung innerlich abgeneigten Kollegenkreisen über den Ausgang dieser Organisationsumwälzung hagen durfte, Formell war nimmere die Angliederung durchgeführt, und zwar so vollständig, wie man es nur wünschen konnte. Der Stufateurverband hatte zu existieren aufgehört und ist es von da ab der Deutsche Bauarbeiterverband, dem die Stufateure, Gipser und verwandten Berufsangehörigen Deutschlands angehören müssen, um die dringend nötige Verbesserung ihrer Berufs- und Lebensverhältnisse zu erreichen. Kollege Paeplow betonte bei Eröffnung der Konferenz, daß formell die über große Mehrzahl der Mitglieder des Stufateurverbandes die Verschmelzung erfreulicherweise vollzogen habe, ob es in ebenso vielen Fällen auch mit dem Herzen geschah, sei nicht feststellend. Zu den Aufgaben der Konferenz gehörte es, uns darüber zu belehren. Sie sollte dazu beitragen, die innere Zusammengehörigkeit der Stufateure mit den im Bauarbeiterverband organisierten Berufsangehörigen zu fördern. Zu diesem Zweck bietet die Konferenz Gelegenheit, Wünsche und Beschwerden der Stufateure kennen zu lernen, Unklarheiten, Mißstände zu besprechen, zu prüfen und für ihre Beseitigung zu tun, was nun irgend möglich ist. Die Teilnehmerzahl für diese Konferenz ist deshalb auch größer bemessen, als es für zukünftige ähnliche Konferenzen erforderlich sein wird. Da der Zweck der Verschmelzung die möglichst einheitliche Organisierung, aller den gleichen Beruf ausübenden Kollegen ist, so hat es sich als wünschenswert herausgestellt, einige Vertreter der im Bauarbeiterverband organisierten Puber zur Konferenz hinzuzuziehen. Die Prüfung etwa vorzubringender, zwischen beiden Berufsständen hier und da bestehender Differenzpunkte werde dadurch erleichtert. In erster Linie sollte die Konferenz dazu beitragen, die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Zusammenflusses auch im innersten Bewußtsein aller Kollegen zu beseitigen.

Ueberblickt man den Verlauf der Konferenz, so darf wohl gesagt werden, daß alle Verhandlungen von diesem Geiste getragen waren. Das zeigte schon die für die beiden in Aussicht genommenen Konferenztage reichlich bemessene Tagesordnung, die den Kollegen ja durch die Bekanntmachung im „Grundstein“ Nr. 40 bekannt ist.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Eingliederung in den Deutschen Bauarbeiterverband“ (Wünsche und Beschwerden), referierte Odenhof. Er referierte kurz das Ergebnis der Urabstimmung und konstatierte die glatte Durchführung der Angliederung. Hiermit könne man also zufrieden sein. Freilich, einigen Kollegen sei der Uebertritt nicht leicht geworden. Der Verlust des Fachorgans werde ja heute noch von vielen Kollegen sehr schmerzhaft empfunden. (Sehr richtig!) Man sage, dadurch habe der innere Zusammenhalt gelitten. Dieser könne aber auch ohne ein besonderes Fachorgan hochgehalten werden. Die Schriftführer müßten eben dem „Grundstein“ mehr beizugehen, dann würden die Kollegen über die Verhältnisse

an andern Orten gut orientiert. Es müsse mit Aufgabe der Konferenz sein, zu untersuchen, wie berechtigten Wünschen der Kollegen Rechnung getragen und wie bei Beschwerden Mißstände geschaffen werden kann. Die Kollegen müßten im allgemeinen Verband in derselben Weise mitarbeiten, wie früher in der besonderen Berufsorganisation. In Bezug auf die Durchführung der Angliederung sind Beschwerden von Belang bisher nicht erhoben. Unzufriedenheit bestand in einigen Filialen darüber, daß die dortigen Mitglieder nach der Verschmelzung den üblichen niedrigeren Beitrag des Bauarbeiterverbandes zahlen müßten, wodurch sie auch eines mit dem früher geleisteten höheren Beitrag erworbenen höheren Unterstufungsanspruches verlustig gingen. Da aber im Bauarbeiterverband für die Berufsgruppen der gelehrten oder ungelerten Arbeiter nur je eine Beitragsklasse statutarisch zulässig ist, konnte den Wünschen der betreffenden Kollegen nach Eingliederung in eine höhere Beitragsklasse leider nicht entsprochen werden. Somit ist bei der Angliederung der gelehrten Beiträge weitestgehende Sozialität und ausgleichende Gerechtigkeit in entgegenkommendster Weise geübt worden. Einen dunklen Punkt in dem schönen Bilde der Durchführung der Verschmelzung bietet die Art und Weise, wie einige Filialen zum Schlysse glaubten, mit den Filialmitteln wirtschaften zu dürfen. Berichtete wurde über 38 Filialen mit 1021 Mitgliedern, die zusammen den Betrag von M 3901,65 für die Veranstaltung von Vergnügungen, Unterhaltungen und dergleichen vergeudet. In einem Falle hat direkt eine Verteilung von Geldern an die Mitglieder stattgefunden. Es verzieht sich von selbst, daß die Konferenz mit Entrüstung von diesen bedauerlichen Vorkommnissen Kenntnis nahm. Es schloß nicht an Stimmen, die die Teilnehmer an dieser Verschwendung von Mitteln der Organisation für ihre Weiterentwicklung hasser machen wollten. Die Konferenz nahm jedoch davon Abstand; weil es heute schwer halte, den wirklich Schuldigen zu belangen, wie auch um des lieben Friedens unter den Mitgliedern wegen. Nachdem der Referent kurz über die Lebensnahme der im Stufateurverband angestellter gewerkschaftlicher Kollegen durch den Bauarbeiterverband berichtet hatte, ersuchte er, die Konferenzteilnehmer möchten bei Vorbringung etwaiger Wünsche und Beschwerden von einem Geiste befeelt sein, der die Notwendigkeit der Vereinigung aller Berufsangehörigen Deutschlands in den Deutschen Bauarbeiterverband nicht außer acht lasse.

In der nun folgenden ausgedehnten Diskussion traten als Hauptpunkte der Wunsch nach einer besseren geistigen Verbindung unter den Kollegen hervor sowie das dringende Verlangen nach einem besseren Einvernehmen zwischen den Pubern und Stufateuren in Bezug auf die für die gleichen Arbeiten einzuhaltenden Arbeitsbedingungen, worin in manchen Orten noch viel Besserung zu wünschen übrig sei. Dem ersten Wunsche sollte ein von den Berliner Delegierten gestellter Antrag auf Ausbau der Presse dienen; dieser Antrag verlangte die Schaffung einer besonderen etwa monatlich erscheinenden Beilage zum „Grundstein“, in welche alle den Stufateurberuf betreffenden Veröffentlichungen aufgenommen werden sollten. Angeregt wurde auch, einen bestimmten Raum des „Grundstein“ regelmäßig für Veröffentlichungen aus dem Stufateurberuf freizuhalten. Diese letztere Anregung fand aber wenig Beachtung gegenüber dem Antrag Berlin, der von fast allen Rednern befürwortet wurde. Man sah darin die Möglichkeit einer besseren Informierung über die Arbeitsverhältnisse in andern Orten sowie die Schöpfung des allgemeinen Interesses der Kollegen am Organisationsleben. Als ein weiteres Mittel zu diesem Zweck wurde der Ausbau des Adressenverzeichnis angehängt, und zwar in der Weise, daß die Adressen der Sektionsleitungen darin Aufnahme finden. Die dadurch geschaffene Möglichkeit der Korrespondenz unter den Sektionsleitungen würde die Verfolgung der internen Interessen des Berufs erleichtern. Auch dieser Wunsch verbotete sich zu einem entsprechenden Antrage. Den breitesten Raum in der Debatte nahmen die zum großen Teile schon seit langem zwischen Stufateuren und Maurern, die Puberarbeiten verrichten, bestehenden Differenzen wegen der einzuhaltenden Arbeitsbedingungen ein. Wenn auch in den wenigen häufigen Fällen, in denen Maurer Puberarbeiten für Studemeister ausführen, die Beachtung der von den Stufateuren mit den Studemeistern für solche Arbeiten tariflich vereinbarten Arbeitsbedingungen meistens anerkannt wird, so bieten sich in manchen Orten noch recht häufig Schwierigkeiten, wenn die betreffenden Arbeiten am gleichen Ort für Bauunternehmer ausgeführt werden. In diesen Fällen halten die Maurer sich größtenteils an die niedrigeren Bedingungen ihrer Tarife gebunden. Hieraus entstehen dann leicht unlesbare Zustände in Bezug auf das gegenseitige Verhalten der Angehörigen der beiden Berufsstände an einem Orte.

Im Prinzip wurde verlangt, daß an einem Orte für die von dem einen oder andern Beruf auszuführenden gleichen Arbeiten, die von einer Berufsorganisation jeweils erzeugten besseren Arbeitsbedingungen eingehalten werden müßten. Trotz der lebhafte Klagen über diese, in manchen Orten sehr unbefriedigenden Verhältnisse, wurde in der Debatte nicht verkannt, daß ihre Regelung durch die einfache Tatsache der vollzogenen Verschmelzung von heute auf morgen nicht geschehen könne. Hierzu bedürfe es noch mancher Aufklärung über das Wesen der Einzelorganisations sowie der Beseitigung respektive Vermeidung gewisser Umstände in der bisherigen Art der Tarifabschlüsse. Dadurch, daß die in Betracht kommenden Berufsangehörigen heute einer Organisation angehören, sei der Boden für gemeinsames Handeln bei künftiger Festlegung der Arbeitsbedingungen vorbereitet. Ganz besonders darf

aber herborgehoben werden, daß in der sehr lebhaft und temperamentvoll geführten Debatte auch nicht eine einzige Stimme laut wurde, die mit der Angliederung selbst unzufrieden war. Man darf wohl sagen, daß alle Redner, die Klagen vorzubringen hatten, dies in der festen Ueberzeugung taten, daß nur die gemeinsame Organisation die Gewähr für die endliche Beseitigung noch vorhandener Unzulänglichkeiten biete.

Bezüglich der auf die Agitation geäußerten Wünsche ist hervorzuheben, daß man für die Agitation in den Zweigvereinen respektive Sektionen der Stufateure Württembergs mehr die Heranziehung des Kollegen Eberwein gewünscht hätte. Ebenso wünschten die Kollegen in den Sektionen des Ruhrbezirks die früher agitatorische Mißhisse des Kollegen Radtke, der in diesem Gebiet bekanntlich als Gauleiter des Stufateurverbandes mit tätig war. Ein entsprechender, dem Verbandsvorstand übermittelter Antrag verlangte, daß für die Agitation unter den Stufateuren im Ruhrgebiet wieder ein Kollege freigestellt werde. Die Debatte schloß durch Annahme eines Schlufantrages. Im Schlufwort ersuchte Paeplow um Ablehnung des Antrages, die Schaffung einer Grundsteinbeilage betreffend. Es sei nicht Mangel an Raum, wenn im „Grundstein“ über die Stufateure zu wenig zu lesen sei, sondern es liege ein Mangel an geeigneter Mitarbeit seitens der Kollegen selbst vor. Die Schriftführer oder sonst mit der Feder betraute und dazu berufene Kollegen mögen bemüht sein, der „Grundstein“-Redaktion über wichtige, das Berufsleben betreffende Vorkommnisse zu berichten, dann wird über Mangel an Stoff nicht zu klagen und mehr als bisher über die Stufateurbewegung im „Grundstein“ zu lesen sein. Bezüglich der vorgebrachten Klagen, so besonders über mangelndes Einvernehmen zwischen Maurern, resp. Pubern und Stufateuren, konstatierte Redner, daß solche Klagen nicht zur Kenntnis des Verbandsvorstandes gelangt sind, so daß man beim Anhören dieser Ausführungen fast erstaunt sein könne über das anscheinend vorhandene hohe Maß von Unzufriedenheit. Es wäre richtiger gewesen, wenn die Sektion, in denen die vorgebrachten Dinge zu besagen sind, dafür gesorgt hätten, daß dem Verbandsvorstand darüber berichtet worden wäre. Wir wollen, daß alles geschieht, damit bessere Verhältnisse, wie sie früher bestanden haben, geschaffen werden. Zu diesem Zweck sollen möglichst alle Puber, Stufateure, alle an der inneren Fertigstellung des Rohbaues tätigen Kollegen nach einheitlicher Festlegung der Arbeitsbedingungen für gemeinsam auszuführende Arbeiten streben. Zu diesem Zweck ist die einheitliche Organisation geschaffen. Ohne die Verschmelzung wäre durch uns selbst die schwere Gefahr des gegenseitigen Aufeinanderhauens heraufbeschworen worden, was zum öffentlichen Standal hätte führen können. Um diese Gefahr zu vermeiden, ist die Verschmelzung rechtzeitig erfolgt. Von den Mitgliedern wie von den leitenden Stellen des Verbandes muß und soll nun mit besten Kräften an der Erreichung des mit der Verschmelzung gesteckten Zieles gearbeitet werden. Als erfreuliches Resultat der Debatte konnte Paeplow konstatieren, daß von keinem der Redner Mißbilligungen über die Verschmelzung selbst zum Ausdruck gelangt sind. Den schriftlichen Verkehr zwischen den Sektionen betreffend, müsse der sogenannte amtliche Verkehr zwischen den Zweigvereinen resp. Leitern mit dem Verbandsvorstand durch die Zweigvereinsvorstände erfolgen. Die Sektionsleitungen müßten sich aber darum kümmern, ob und wie ihre Wünsche durch die Zweigvereinsvorstände weiter gegeben werden und was darauf erfolgte. Die Sektionsleitungen sollten ihre Tätigkeit nicht auf die Führung der engeren Geschäfte ihrer Sektion beschränken, sondern sich auch über die Führung der Geschäfte durch die Zweigvereinsleitung unterrichten. Die Einreichung der Adressen der Sektionsleitungen biete Schwierigkeiten in Bezug auf die Verächtigung der ständig eintretenden Adressenänderungen. Der betreffende Antrag könne dem Verbandsvorstand zur Prüfung überweisen werden, ebenso der Antrag der Vertreter aus dem Ruhrgebiet auf Freistellung eines Kollegen für die Agitation. Etwaigen Wünschen der Stufateursektionen nach Hinzuziehung ihrer früheren Gauleiter zur Agitation, oder Regelung von Differenzen, ist seither, soweit als irgend angängig, Rechnung getragen worden. Letzteres wurde vom Kollegen Eberwein später ausdrücklich bestätigt, nur haben es oftmals die Sektionsleitungen daran fehlen lassen, derartige Wünsche den Gauleitungen zu übermitteln. In der Abstimmung erfolgte sodann die Ablehnung des Antrages auf Schaffung einer Zeitungsbeilage mit erheblicher Mehrheit. Die beiden anderen Anträge, Adressenverzeichnis und Agitation im Ruhrgebiet betreffend, werden angenommen, resp. dem Verbandsvorstand überwiesen.

Aus dem Baugewerbe.

Dallankrieg und Wirtschaftslage. — Underechtigter Optimalismus. — Eisenmarkt und Baustoffe. — Hypothekengelder und politische Baumarkt. — Konflikt im Baugewerbe 1911. — Wie die Wäse in den Konferenzen Berndt und Allers in Berlin ausfiel. — Zusammenbrüche in Genua und Breslau. — Erweiterung des märkischen Ziegelfabrikates. — Eine leichte Belebung der Geschäftslage am Berliner Baumaterialienmarkt.

Verschiedene Bankdirektoren und Großindustrielle pflegen sich, in den Generalversammlungen bestimmter Aktiengesellschaften, zu deren Leitern oder Aufsichtsräten sie gehören, alljährlich eingehend über die allgemeine Wirtschaftslage zu äußern. Eine solche „Konjunkturdebatte“ hielt kürzlich in der Generalversammlung des Kaiser Eisen- und Stahlwerks der Kommerzienrat Peter Mödner-Duis-

burg, der weit umfassende Interessen in der rheinisch-westfälischen Industrie hat und dessen Vorstellungen daher viel beachtet werden. Das Geschäft auf den Eisenmärkten, führte er aus, werde nach wie vor vom Weltmarkt getragen. In diesen Gegenden Deutschlands, besonders in Berlin, liege der Baumarkt sehr niedriger und lasse in den beteiligten Kreisen keine Stimmung aufkommen. Auf der anderen Seite habe aber der Export nicht nur in bisheriger Weise an, sondern steige noch sogar zu höheren Preisen. Der Weltbedarf, mit Ausnahme der von Schienen, wird heute hauptsächlich von Deutschland und Belgien gedeckt; denn Frankreich und England kommen, wenigstens für normale Handelsqualität, kaum in Frage, während sich Amerika darauf beschränkt, die Westküste Südamerikas und einen kleinen Teil von Japan zu bedienen. Neben der großen Nachfrage stellt sich in Deutschland und Belgien eine immer mehr zunehmende Knappheit in Roheisen und Abfall heraus. Dem Roheisenverband wird es trotz der Erhöhung der Roheisenpreise nicht gelingen, für 1913 den Bedarf zu decken. Hierdurch wird der Roheisenabfall nach dem Ausland zurückgehen und infolgedessen wird die Erzeugungsfähigkeit des Auslandes in Fertigfabrikaten geringer. Für uns aber ist durchaus die Möglichkeit gegeben, noch stärker in Fabrikaten zu exportieren. Die gute Lage des Weltmarktes scheint demnach noch eine Zeitlang gesichert, vielleicht bis sich die nächstjährigen Ernten überblenden lassen. Ein Krieg zwischen der Türkei und den vier Balkanstaaten wird, wenn es den Mächten gelingt, diesen zu isolieren, die Konjunktur ebensoviele beeinflussen, wie dies die türkisch-balkanische Auseinandersetzung getan hat. Die Ausfuhr Deutschlands nach den Balkanstaaten ist für Deutschland nicht durchschlagend; sie wird mehr als kompensiert durch die stärkere Nachfrage aller anderen Länder und besonders durch den großen Bedarf, den Italien nach dem Friedensschluß zeigen wird. Laßache ist, daß die Bestellungen sich heute noch nicht nachlassen haben. Ob die Geldverhältnisse durch einen Balkankrieg beeinflusst werden, möchte ich bezweifeln, denn die europäischen Mächte scheinen ja nicht geneigt zu sein, die vier Staaten zu unterstützen.

Diesen Optimismus des Kommerzialschöners in der Beurteilung des Einflusses der Balkanvorfälle auf das Wirtschaftsgeschehen, teilen Industrie- und Handelskreise durchaus nicht, er ist auch keineswegs gerechtfertigt. Schon vor der Generalversammlung des Kaiser-Eisen- und Stahlwerkes, die am 6. Oktober stattfand, war die Börse einer förmlichen Panik verfallen; am 9. Oktober wiederholten sich die Kursstürze, als die Kriegserklärung Montenegro gemeldet wurde. Nun sind die Kursrückgänge an der Börse gewiß noch kein Beweis für die Verschlechterung der Lage, besonders wenn man berücksichtigt, daß das Kursniveau durch die vorhergegangenen Zersetzungen der Spekulation zu einer kräftigen Ermäßigung reif war. Aber die Unterbindung der Unternehmungskraft der Spekulation ist in ihren Wirkungen auf das gewerbliche Leben nicht zu unterschätzen. So ist mehrfach von der vorgesehenen Einführung neuer Industrietaktiken zum Eisenhandel abgesehen worden, weil bei der vorherrschenden Unlust und Unruhe die neuen Papiere wahrscheinlich keine oder nur eine sehr geringe und schlechte Aufnahme gefunden hätten. Da die aus dem Verkauf der Aktien erwarteten Gelder ausbleiben, werden die Dispositionen der betreffenden Gesellschaften eingeschränkt, zum Beispiel Ausführungen von Neu- und Umbauten zurückgestellt und andere Bestimmungen hinausgeschoben. Mit der Situation nach dem Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges ist die gegenwärtige Lage nicht zu vergleichen, da durch den Balkankrieg die europäischen Länder nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich direkt stärker in Mitleidenenschaft gezogen werden. Solange der Balkankonflikt nicht beigelegt ist, wird die politische Unruhe nicht weichen, und damit ist in das Wirtschaftsleben eine Unsicherheit eingebracht, die höchst ungünstig wirken muß.

Mit neuen Geschäften halten alle Kreise zurück, weil sie vermeiden wollen, durch politische Ereignisse überlastet zu werden. Diese Vorzicht wird besonders bei der Gewährung von Krediten befolgt. Selbst bei Zusagen von Geldern für erste Hypotheken werden die verschiedensten Vorbehalte gemacht, die Finanz bemüht sich, ihre Mittel nach Möglichkeit „flüssig“ zu halten. Aber auch die unmittelbare Beeinträchtigung von Handel und Industrie durch den Balkankrieg, selbst wenn er lokalisiert bliebe, ist nicht zu verkennen, es kommt dabei nicht nur der Ausfall des deutschen Exports nach den Balkanländern in Frage, sondern auch die Ausfuhr nach anderen Ländern, die mit dem Balkan in engerer Beziehung stehen und in ihrer Geschäftstätigkeit gelähmt werden. So wirken die politischen Verhältnisse auf die Wirtschaftslage in verschiedener Form ein, und der Baumarkt ist daran ebenfalls interessiert; denn eine Schwächung der gewerblichen Konjunktur würde ihn um so nachteiliger treffen, da die Spekulationsbauten ohnedies bereits schwer danteberliegen.

Obwohl die meisten Wirtschaftsgebiete im Jahre 1911 im Zeichen der Hochkonjunktur standen, hat die Zahl der Konkursverfahren zugenommen. Nach der Konkursstatistik waren im Jahre 1910 10 783 Konkursverfahren 11 081 Konkursverfahren im Jahre 1911 zu verzeichnen. Das Baugewerbe ist daran beteiligt im Jahre 1911 mit 464 Konkursverfahren, das sind 6,73 pSt. der Gesamtkonkurse. In diesen Ziffern treten Zusammenbrüche zahlreicher Baupetulantien nicht in die Erscheinung, denn deren Zahlungsunfähigkeit wird nicht durch Konkursverfahren, sondern durch Substitution der von ihnen erbauten Grundstücke erledigt. Ein tröstliches Bild geben die Berichte der Konkursverwalter über die Situation der Firmen. Kurt Berndt und Hugo Allers in Berlin. Im Konkursverfahren sind 88 645 bevorrechtigte Forderungen angemeldet, davon wurden 80 000 vom Verwalter anerkannt, außerdem sind zurzeit 24 648 565 Forderungen ohne Vorrecht angemeldet, die aus Warenlieferungen, Wechsel, Bürgschaften, Schadenersatzansprüchen, Ausfallhaftungen usw. resultieren. Weitere Anmeldungen in Höhe von 1 Million Mark sind noch zu erwarten. Etwa 4 Millionen Mark der angemeldeten Forderungen wird der Verwalter anerkennen, etwa 20 Millionen Mark werden von dem Konkursverwalter bestritten und müssen im Prozeßwege zum Austrag gebracht werden, weil sowohl die Hypothekenausfälle als auch die geltend gemachten Schadenersatzansprüche bisher nicht nachgewiesen sind. Da die gesamte Masse nur 148 393 beträgt, so bleiben zur Befriedigung der anerkannten Forderungen von vier Millionen Mark nach Abzug der bevorrechtigten Forderungen und der Kosten etwa 70 000 übrig. — In dem Konkursverfahren befinden sich die Aktien in der Hauptmasse aus unbauten und bebauten Terrains in den Gemeinden Weissenhof, Pantow, Rudow, Biesendörfer, Lantow und Schöneberg, die jedoch mit etwa 4 Millionen Mark belastet sind. Der Fußpaß und alles, was Wert hatte, ist von Allers vor Eröffnung des Konkurses verpfändet oder verpfändet worden. Eine greifbare Masse ist vorläufig gar nicht vorhanden. Auf der Konkursdurchführung werden, so kommen sämtliche Grundstücke zur Versteigerung, bei welchen nicht nur kein Ueberschuß, dagegen aber an zwei Millionen Mark Hypothekenausfälle zu erwarten sind. Eine greifbare Masse wäre nur durch Anschaffungsprozesse zu schaffen, wozu die Gläubiger jedoch zunächst 15 000 bis 20 000 weiteren Kostenvorschuß zu leisten hätten.

Neben weiteren Insolvenzen am Groß-Berliner Baumarkt sind größere Zusammenbrüche in Hanau und Braunschweig zu verzeichnen. Im Konkurs der Baufirma Joh. Heinrich Sad, Hanau, der kürzlich ein Moratorium bewilligt worden war, werden die Verpflichtungen auf 2 Millionen Mark angegeben, der Wert der Immobilien auf 1½ Millionen Mark. Es stellte sich außerdem heraus, daß von der Firma Wechsel über bedeutende Beträge gefälscht worden sind; als der Schuldige wird der Sohn des Inhabers bezeichnet, der flüchtig ist. — In Breslau geriet die Holzfirma Richard Sternberg in Zahlungsschwierigkeiten, und zwar werden dadurch eine Reihe von Holzhändlern und Baufirmen betroffen. Es wird versucht, einen offenen Zusammenbruch zu verhindern und eine ruhige Liquidation der Firma durchzuführen.

Von zahlreichen märkischen Ziegeleien war im Frühling dieses Jahres, wie an dieser Stelle berichtet wurde, die Vereinigung märkischer Ziegeleibesitzer, G. m. b. H. gegründet worden, um durch das Zentralverkaufskontor für Hintermauerungssteine, Alt-Ges., die Produktion gemeinsam zu betreiben. Nunmehr hat, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, eine beträchtliche Erweiterung des Kartells stattgefunden. Es haben sich nämlich die Verkaufsbereinigungen der Ralksandsteinwerke G. m. b. H., die Verkaufsbereinigung der Zehdenicker Ziegeleibesitzer und die Berliner Ralksandsteinfabrik Robert Guthmann G. m. b. H. mit dem märkischen Ziegeleisindikat zu einer gemeinsamen Verkaufsbereinigung zusammengeschlossen. Gegenstand des Kartellvertrages ist namentlich eine Preisfestlegung seitens der als Leiter des Kartells fungierenden Vereinigung märkischer Ziegeleibesitzer; die Geschäftsverbindung mit nicht kartellierten Firmen (auch Sändlern) ist gegen Konventionalstrafe verboten. Am Markte der Baumaterialien in Berlin soll sich in der letzten Zeit eine, wenn auch sehr geringe Besserung des Absatzes geltend gemacht haben; man sieht nach dem schon genannten Blatt die leichte Belebung der Nachfrage darauf zurück, daß man Sommerbauten jetzt noch schnell unter Dach zu bringen sucht und daß manche neuen Bauten aus dem Grunde noch begonnen wurden, weil im nächsten Jahre die Tarife im Baugewerbe zu erneuern sind.

Politische Umschau.

Die Wähler gegen die Regierung. — Wirtschaftliche Bestimmungen durch die Balkanfrage. — Geplante Massenfundgebungen der preussischen Sozialdemokratie. — Russische Zerkleinerungen.

Wie vorausgesehen war, haben selbst die geringfügigen und durchaus unzulänglichen Maßnahmen der Regierung gegen die Teuerung das in seinen volkswirtschaftlichen Sonderinteressen bedrohte Großagrarium völlig in Aufruhr gebracht. Trotz ihrem eigenen Eingeständnis, daß die „Aktiven“ der Regierung keine nennenswerte Vinderung der Notlage und eine kaum merkbare Vinderung der Fleischpreise herbeiführen wird, spielen die besoldeten Abfallagrarien in der „Deutschen Tageszeitung“ Gift und Galle gegen die Regierung, die dem „Gehet und Drohet der Demokratie“ nachgegeben habe, und suchen nun wenigstens zu retten, was noch zu retten ist. Nur so ist es zu verstehen, daß sich die Ständige Kommission des Landes-Oekonomikollégiums in Unvollständigkeit des preussischen Landwirtschaftsministers bereit erklärt, den fortgesetzt starken Preisrückgang auf dem Schweinemarkt durch feste Lieferungsverträge mit den Stadtverwaltungen und anderen Korporationen zu einem mittleren, die Produktionskosten bedeckenden Einheitspreise für mehrere Jahre zu begeben. Daß diese von den Agrariern festgesetzte Einheitspreise eine Verzerrung der Marktpreise bedeuten würde, unterliegt keinem Zweifel und das deutsche Volk wird das „freundliche Anerbieten“ einmütig als plumpe, durchsichtige Bauernfängerei zurückweisen, zumal sich die Herren in dem Schlussatz der Erklärung selbst die Hände umhängen und von der Regierung eine bestimmte Erklärung verlangen, in der diese für alle Zukunft eine Veränderung des § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes ablehnt und damit dauernd die Einfuhr von Geflügel verbinde. Und diesen nur vom rückwärtslosten Interessenstandpunkt des Agrariats aus zu begreifenden Wechsellügen steht auch noch ein preussischer Minister zur Seite, der seine Abhängigkeit von den Agrariern allerdings erst kürzlich durch das Wort: „Ich stehe und falle mit dem § 12 des Fleischbeschaffungsgesetzes“ recht deutlich hat. Unter solchen Gesichtspunkten nimmt sich die gelassene Feste, die zwischen Weismann, dem „Junkerfürst“, und den Wählern erkaubt ist, als ein Komödientenspiel mit verteilten Rollen aus. Nach der Veröffentlichung der Regierungsmassnahmen hatten die Wähler die Gewissheit, daß zur Vinderung der Notlage nichts Ernsthaftes unternommen werde. Aber die Prezhöllinge der Junker verheßen sich aufs Geschäft. Sie begreifen sofort, daß man der willfährigen Regierung durch einen großen Entlastungsummel zu Hilfe kommen müsse, um die „Aktion“ der Regierung dem Volke größer erscheinen zu lassen als sie ist. Zweimal täglich verfinde das Wählerorgan, die „Deutsche Tageszeitung“, den Zusammenbruch unserer „bewährten Wirtschaftspolitik“. Dann trat der engere Vorstand des Bundes, Wangenheim, Noeide und Gahn, mit einer geharnischten Erklärung aus dem Plan, in der versichert wurde, daß eine verhängnisvolle Vinderung des Vertrauens der deutschen Landwirtschaft zur föhnligen Staatsregierung die Folge der Regierungsmassnahmen sein wird. Und nachdem die drei Veturen so durch mehrere Spalten eine wahre Schimpfkanonade auf die Regierung eröffneten, versichert sie stolz und selbstbewußt: „Es ist nicht die Art deutscher Landwirte, kampflos zu verzagen.“ Nun, der Versicherung hätte es wahrlich nicht erst bedurft. Das Schreien, das „bis zu den Stufen des Thrones schallt“, haben die Wähler schon immer verstanden, wenn von ihnen ein Opfer für die Allgemeinheit verlangt wurde. Gegen die nur in ihrer wilden Phantasie bestehende „Schwermelung in unserer Wirtschaftspolitik“ fahren die Häuptlinge des Bundes schweres Geschütz auf und drohen: „Es ist Pflicht der Landwirte, sich im Interesse der Gesamtheit mit allen gesetzlichen Mitteln dagegen zu wehren.“ Der Kampf soll geführt werden gegen alle „offenen und versteckten Feinde der bisherigen Wirtschaftspolitik unter Ausschüttelung der lauen und unzuverlässigen Elemente“.

Diese Kriegserklärung der Wählerhäuptlinge konnte die Regierung nicht stillschweigend hinnehmen. Der Reichstanzler hat sie in der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ scharf beantwortet. Er wirft dem Bund der Landwirte vor, weit entfernt zu sein von einer objektiven Beurteilung der Teuerungsmassnahmen der Regierung; der in der Erklärung der Wähler gegen die Regierung erhobene Vorwurf, daß sie dem „Gescheit der Landwirtschaftsfeindlichen Demokratie“ nachgegeben, wird mit der Frage beantwortet: „Darf sich noch über heftige Agitation seiner Gegner beklagen, wer mit solchen Insinuationen arbeitet?“ Ohne Zweifel hat das Vorgehen der Wähler den leitenden Staatsmann in höchem Grade erregt. Und es ist begreiflich, daß er dieser Erregung in scharfen Worten Ausdruck gibt.

Aber wenn Herr v. Weismann-Gollweg mit sich selbst ins Gericht gehen möchte, so müßte er wenig an seine Brust schlagen und eingestehen, daß er selbst die Schuld daran trägt. Denn er hat sich ja noch vor einem Jahre, in der Reichstagskammer vom 23. Oktober 1911, als die sozialdemokratische Teuerungsinterpellation zur Debatte stand, in der Rolle eines Antalks des Bundes der Landwirte gefallen. Da hat er jeden Eingriff in das bestehende unheilvolle System der Wirtschaftspolitik

des Reichs mit größter Entschiedenheit abgelehnt. Feiler hat er erklärt, die agrarische Wirtschaftspolitik habe sich „durchaus bewährt“; sie sei völlig ungeschädigt an der Steigerung der Lebensmittelpreise. Für die verbündeten Regierungen sei das gäbe und unbedingte Festhalten an dieser Politik eine Sache wohl begründeter Überzeugung. Die Regierung werde nicht die Hand bieten zu einer Herabsetzung der Rölle; denn das würde ein „außerordentlich gefährliches Experiment“ sein. Es ist Herrn v. Bethmann damals prophezeit worden, daß er mit dieser, den Begriff staatsmännischer Klugheit hoch sprechenden Festlegung auf die Sonderinteressenpolitik der Agrarier sich selbst die Rute gebunden habe, die ihn einmal treffen werde. Jeder verständige Politiker mußte überzeugt sein, daß die Regierung diesen Standpunkt in seiner ganzen Schroffheit und Rücksichtslosigkeit nicht dauernd würde behaupten können. Und so ist es denn auch gekommen. Herr v. Bethmann muß sich gefallen lassen, daß die Bündler ihm sagen, er sei seinem früheren Standpunkt antreu geworden und wolle die Hand bieten, „Troste zu legen“ in das verzerrte System.

Das ist nun allerdings ganz geizig nicht die Absicht des Reichstages. Die von ihm zu verleitenden Regierungsmaßnahmen sind alles in allem so unzureichend, so geradezu belanglos, daß sie als eine wirkliche Durchbrechung des Systems nicht erachtet werden können. Nur vorübergehend auf die Zeit von 1½ Jahren soll die Fleisch-einfuhr erleichtert werden und bei näherer Betrachtung ist diese Erleichterung nicht der Rede wert. Was die Agrarier fürchten und zu fürchten allerdings begründete Ursache haben, ist, daß der Reichstag bei weitergehenden Maßnahmen beschließt. Um die Feuerung zu überwinden, ist freilich mindestens eine erhebliche Durchbrechung des Lebensmittelsystems überhaupt erforderlich. Dabei ist natürlich nicht nur die Rüstung zu nehmen auf das Fleisch, sondern auch auf lebendes Vieh und Futtermittel, sowie auf die Brotfrucht; nicht nur die Einfuhr, sondern auch die Erzeugung, und die Feuerung des Standesystems der Getreideausfuhr scheint, das Deutschland großer Getreidemengen beraubt zum Vorteil profitfluhtiger Großagrarien und Großhändler.

In dieser Richtung wird die Sozialdemokratie, im Reichstage vorgehen und hoffentlich findet sie dabei die Unterstützung wenigstens der Freischinnler.

Der Reichstag ist bekanntlich bis zum 26. November vertagt worden. Es sind noch sechs Wochen bis dahin. Wird die Regierung auch diese Zeit noch verschleimen lassen, ohne ihrer konstitutionellen Pflicht, den Reichstag früher einzuberufen, zu genügen? Es kommt ja hinzu, daß durch den Ausbruch des Balkankrieges die allgemeine politische Lage sehr trübselig geworden ist. Dies Ereignis, das unabsehbare Folgen haben kann, wirkt schon jetzt schwer lähmend auch auf das Wirtschaftsleben Deutschlands ein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir alsbald von einer verhängnisvollen wirtschaftlichen Krise getroffen werden, die um so schlimmer sein wird, je weniger es gelingt, die Feuerung zurückzudrängen. Wehe, wenn zu der Feuerung auch noch eine Räumung der Industrie und des Handels mit einer ungeheuren Arbeitslosigkeit tritt!

So macht der Ernst der Lage in doppelter Hinsicht die Einberufung des Reichstages notwendig. Die Regierung muß offen vor dem Lande und vor der Welt im Parlament erklären, wie sie zu dem Balkankrieg und zu den mit ihm verknüpften Fragen steht. Das kann das Volk, das man in das Volk verlangen; denn seine höchsten und heiligsten Interessen sind es, die auf dem Spiel stehen.

Die Sozialdemokratie läßt es nicht fehlen an Bemühungen, die Volksbewegung gegen Feuerung und Kriegesgefahr zu vertiefen, zu schärfen und immer mächtiger anzuheben zu machen. Denn schließlich wird die Entscheidung doch einmal beim Volke liegen. Für die nächste Zeit hat die Sozialdemokratie wieder Massenfundgebungen in diesem Sinne vorgesehen. Für Kreuze verbindet sich damit die Wiederaufnahme des Wahlrechtskampfes. Das am 22. Oktober wieder zusammen tretende Dreiklassenparlament wird abermals begrüßt werden mit dem millionenfachen Ruf: „Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht! Her mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht!“ Und durch die deutschen Lande wird wieder der Ruf der unterdrückten und ausgebeuteten Millionen brausen: „Brot und Frieden! Nieder mit dem agrarischen Lebensmittelsudel! Sicherung der Völker gegen Krieg und Kriegsgefahr!“

Jetzt zeigt sich wieder das traurige, verbrecherische Spiel der Diplomatie. Ob es wahr ist, daß sich einige Großmächte ernsthaft um die Erhaltung des Friedens auf dem Balkan bemüht haben, können wir nicht untersuchen. Sicher aber ist, daß die russische Diplomatie auf dem Balkan eine entscheidende Rolle spielt, daß sie schon lange darauf hingewirkt hat, es zum Krieg der Balkanvölker gegen die Türkei zu bringen. Ausland möchte dem Osmanenreiche ein Ende machen; dazu soll dieser Krieg dienen. Es steht noch hinter den Kulissen, aber es wird auf die Waage treten, wenn der ihn dafür geeignet erscheinende Augenblick gekommen ist. Wider Erwarten hat nun auch der Krieg zwischen Italien und der Türkei noch nicht sein Ende gefunden. Der in der letzten Woche täglich erwartete Friedensschluß ist nicht erfolgt, vielmehr hat Italien in verhängnisvoller Weise die kriegerische Aktion wieder aufgenommen. Griechenland steht auf der Lauer, sich gemeinsam mit Serbien, Montenegro und

Bulgarien auf die Türkei zu stürzen. Montenegro hat nach erfolgter Kriegserklärung die Feindseligkeiten begonnen. Wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen werden die andern Balkanstaaten ihm folgen.

Was dann? Diese lange Frage beschäftigt ganz Europa, ja, die ganze politische Welt. Beantworten kann sie niemand. Da hängt Gewicht auf dem Gewicht. Es wird sich bald zeigen müssen, ob es gelingt, den Krieg auf den Balkan zu beschränken.

Bauarbeiterbewegung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Wahl der Delegierten zum Verbandstage.

Die Wahl der Delegierten zu dem ersten ordentlichen Verbandstage muß in anderer Form vollzogen werden, als es in den Verbänden der Maurer und Hilfsarbeiter geschehen ist. Diese Verbände konnten eine bestimmte Anzahl Zweigvereine zu einem Wahlbezirk vereinen und den Mitgliedern dann die weitere Entsendung, über die Wahl dieses oder jenes Kandidaten überlassen. Wollten wir im Deutschen Bauarbeiterverbande so verfahren, so bestände die theoretische Möglichkeit, daß in den allermeisten Wahlbezirken nur Maurer beziehungsweise gelernte Arbeiter als Delegierte gewählt würden; nur in ganz wenigen Orten würden die Hilfsarbeiter, und da auch diese wieder nur allein, zur Geltung kommen. Ein solches Wahlergebnis müßte aber als höchst unzulässig bezeichnet werden. Und der konstituierende Verbandstag hat deshalb auch Bestimmungen getroffen, daß bei der Zurechnung der Zahl der Delegierten weder die ungelernen noch die gelernten Arbeiter berücksichtigt werden. Der Verbandstag hat es aber dem Verbandsvorstand überlassen, für das Verfahren die richtige Form zu finden.

Um zahlenmäßigen Unstimmigkeiten vorzubeugen, würde es genügen, für jede Verbandsgruppe besondere Wahlbezirke zu bilden und den Gruppenangehörigen in den einzelnen Bezirken dann wie früher das weitere zu überlassen. Dann würden aber die Wahlbezirke der noch sehr dünn gewachsenen Gruppen räumlich so groß werden, daß für viele Mitglieder von einer rechten Vertretung nicht die Rede sein kann. Außerdem würde aber ein solches Verfahren alles andere sein, als das Streben, alle Gruppen im Verband in so innige Verbindung zu bringen, daß Gegenseite bei der Vertretung des gesamten Arbeiters durch den ungelerten und ungelerten gar nicht aufzutauchen. Heute sind wir noch nicht so weit. Wir müssen noch jeder Gruppe die Zahl ihrer Delegierten zuteilen.

Um aber doch die Einheit des Verbandes bei der Wahl der Delegierten zum Ausdruck zu bringen, sollen beide Gruppen bei der Aufstellung der Kandidaten und der Wahl der Delegierten zusammenwirken; der Maurer soll den Delegierten der Hilfsarbeiter und der Hilfsarbeiter den Delegierten der Maurer mitwählen. Zu diesem Zwecke werden Kandidatenbezirke gebildet, auf die mindestens zwei Delegierte, ein Maurer und ein Hilfsarbeiter, entfallen. In der Mehrzahl müssen aber die Kandidatenbezirke noch größer sein, da sonst zu viele kleine Reste von Mitgliederzahlen entstehen, denen nach dem Statut kein Delegierter zugestanden werden kann. Außerdem wird auch für einen Zweigverein, wenn er selbst zehn oder mehr Delegierte zu wählen hat, nur ein Kandidatenbezirk gebildet.

Das weitere Verfahren ergibt sich aus dem nachfolgenden Wahlreglement und der Einteilung der Kandidaten- und Wahlbezirke. Die Sache steht auf den ersten Blick sehr schwierig aus, sie ist es aber nicht. Es ist allerdings nötig, daß sich die zu einem Kandidatenbezirk gehörenden Zweigvereine alsbald über die Aufstellung von Kandidaten verständigen. Wenn zum Beispiel zehn Zweigvereine drei Delegierte (zwei Maurer und einen Hilfsarbeiter) zu wählen haben, so können sie zusammen neun Kandidaten (sechs Maurer und drei Hilfsarbeiter) aufstellen. Wollte nun jeder der zehn Zweigvereine neun Kandidaten aufstellen, dann würden neun von den zehn Vereinen bei der Wahl glatt ausbleiben, einer davon, der die meisten Stimmen aufbringt, würde alle drei Delegierte wählen. Viel anders würde die Sache auch nicht laufen, wenn die meisten dieser zehn Vereine sich mit einem Kandidaten begnügen und nur zwei oder drei mehrere Kandidaten aufstellen würden. Wichtig ist das Folgende: Alle zehn Zweigvereine verständigen sich darüber, daß der Zweigverein oder etwa zwei oder drei Zweigvereine, die die meisten Hilfsarbeitermitglieder haben, die drei Kandidaten für den Hilfsarbeiterdelegierten stellen; ist der Zweigverein, dem das Recht auf den Hilfsarbeiterdelegierten zugestanden ist, so groß, daß er Anspruch auf zwei Delegierte hat, so überläßt man es ihm, noch drei Maurerkandidaten aufzustellen, die weiteren drei Kandidaten (Maurer) werden dann von den übrigen Zweigvereinen aufgestellt. Hat dagegen der Zweigverein oder die Zweigvereinsgruppe, wo die Hilfs-

arbeiterkandidaten aufgestellt sind, nur Anspruch auf einen Delegierten (etwa 1000 Mitglieder), so verständigen sich die übrigen Vereine über die Aufstellung der sechs Kandidaten. Die neun Kandidaten kommen dann auf die Stimmliste. Der Gesamtwahlbezirk eines Wahlbezirks, der aus mehreren Kandidatenbezirken bestehen kann, obliegt es dann, von den neun Kandidaten drei Delegierte zu wählen. Die Wahlfreiheit ist aber insofern beschränkt, daß in dem gedachten Falle zwei Maurer und ein Hilfsarbeiter gewählt werden müssen, und eine weitere Beschränkung der Wahlfreiheit liegt darin, daß ein Zweigverein, der nur Anspruch auf einen Delegierten hat, keinen zweiten bekommt, wenn gleich dort alle Mitglieder zur Wahl gehen, während die andern Vereine, die mit zu dem Wahlbezirk gehören, an Wahlfahrt teilnehmen. Diese Wahlfahrt soll natürlich nicht durch dies Wahlverfahren gefördert werden.

Schließlich ist noch zu beachten, daß die Stimmabgabe bei diesem Wahlverfahren ausföhet. Dem Stimmabgabenden ist bei der Verschmelzung zu gestanden worden, daß sein damaliger Mitgliederbestand auf dem nächsten Verbandstage des Deutschen Bauarbeiterverbandes durch 16 Delegierte vertreten sein solle. Diese 16 Delegierte sind auf der kürzlich abgehaltenen Stimmabgabekonferenz gewählt worden. In einigen Zweigvereinen haben sich inzwischen die Rührer mit den Statuten zu einer Sektion vereinigt. Diese Rührerkollegen haben dadurch ihre Wahlfahrt aber nicht eingebüßt, sondern sie wählen wie alle andern Mitglieder. Nur die Statuten haben auch dort kein Wahlrecht, wo sie mit den Rührern vereinigt sind. Diese Ausnahme besteht natürlich nur für den jetzigen Verbandstag.

A. Wahlreglement.

1. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach dem Stimmabgabensystem. Jeder Gau bildet einen abgeschlossenen Wahlkreis, und auf je 1000 Mitglieder eines jeden Wahlkreises entfällt ein Delegierter. Überflüssige Hunderte werden mit 500 für 1000 gerechnet.

2. Der Gauvorstand ist Kreiswahlvorstand und hat die Aufstellung von Kandidatenlisten in die Wege zu leiten. Die Wahlen sind so zu gestalten, daß gelernte und ungelernete Arbeiter und große und kleine Zweigvereine ihrer Stärke entsprechend an der Delegation Anteil haben.

3. Zur Aufstellung von Kandidaten bildet der Gauvorstand Kandidatenbezirke. Bei der Aufstellung der Kandidaten muß jede Berufsgruppe, die in einem Gau mindestens 1000 Mitglieder zählt, berücksichtigt werden; Gruppen von mindestens 500 Mitgliedern sind zu berücksichtigen, wenn dies der Gauvorstand beschließt.

4. Für jeden zu wählenden Delegierten können bis zu drei Kandidaten aufgestellt werden. Die Aufstellung der Kandidaten erfolgt in Mitglieder- oder Vertreterversammlungen, die zu diesem Zweck einberufen sind. Zahlstellen und Sektionen haben das Vorschlagsrecht. Die Zahl der auf die einzelnen Kandidaten entfallenden Stimmen ist festzustellen.

5. Nach der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes über die Einberufung des Verbandstages veranstalten die Zweigvereine alsbald Versammlungen zur Aufstellung von Kandidaten.

6. Binnen fünf Wochen vom Tage der Bekanntmachung durch den Verbandsvorstand (spätestens bis Sonnabend, 23. November) muß die Aufstellung der Kandidaten beendet sein. Dann ist die Liste zu schließen und mit der Angabe der Stimmengahl für die einzelnen Kandidaten dem Gauvorstand einzuwenden.

7. Der Gauvorstand stellt aus den Kandidatenlisten die Stimmlisten her. Die Kandidaten sind nach Berufen zu ordnen und zu bezeichnen. Für jeden aus einer Gruppe zu wählenden Delegierten dürfen höchstens drei Kandidaten, die bei der Aufstellung die meisten Stimmen erhielten, auf die Stimmliste gesetzt werden. Auf der Stimmliste ist durch Aufdruck zu vermerken, wieviel Delegierte aus jeder Gruppe zu wählen und daß die überschüssigen Namen zu streichen sind.

8. In Gauen bis zu 10 000 Mitgliedern wählen die Mitglieder einheitlich nach einer Stimmliste. In den größeren Gauen werden, um eine Überflüssigkeit der Stimmlisten zu verhüten, Wahlbezirke mit je einer Stimmliste gebildet. Mehrere Kandidatenbezirke können zu einem Wahlbezirk vereinigt werden.

9. Gewählt wird in allen Wahlorten am Sonntag, 15. Dezember, von morgens 9 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, in den von den Zweigvereinen zu bestimmenden Lokalen.

10. Die Zweigvereine haben die Einrichtungen so zu treffen, daß alle Mitglieder, die nicht aus persönlichen Gründen verhindert sind, Gelegenheit haben, ihr Wahlrecht ausüben zu können. Große Zweigvereine müssen demnach mehrere Wahllokale einrichten und für jedes Wahllokal ein Wahlkomitee, bestehend aus drei Mann, bestellen.

11. Als Stimmzettel gilt nur die gedruckte Stimmliste, auf der jeder Wähler die ihm nicht genehmen Kandidaten zu streichen hat. Neue Namen dürfen nicht hinzugefügt werden. Solche Zusätze gelten als nicht gemacht. Jeder Wähler darf nur eine Stimmliste abgeben. Stimmlisten sind im Wahllokal in genügender Zahl vorrätig zu halten und an die Wähler abzugeben.

12. Die Wähler haben sich im Wahllokal vor Abgabe der Stimmliste durch Mitgliedsbuch zu legitimieren. In dem Buche ist ein Vermerk über die Ausübung der Wahl zu machen.

13. Nach Beendigung der Wahl hat das Wahlkomitee festzustellen, wieviel Stimmlisten abgegeben sind. Mit dem festgestellten Vermerk sind die Listen auf zu verpacken und umgehend dem Zweigvereinsvorstand zuzustellen.

abieder = 1 Delegierter.

Pilkallen. Sperre über Kalkher wegen Vertragsbruchs.
Podejuch. Sperren über die Firma Köhnenmann.
Rügenwalde. Sperre über die Firma Papenfuß.
Rummelsburg. Sperre über die Unternehmer Ravenhagen, Brambach, Kropp und Julius Dietrich.
Schönfließ. Sperre über den Unternehmer Puhlmann.
Schwelmfurt. Sperre über die Arbeiten der Eisenbetongesellschaft.
Senftenberg. Sperre über die Firma Stendel in Petersheim.
Stettin. Streik.
St. Margarethen. Aussperrung.
Stettin (Maurer.) Sperre über das Eisenwerk „Kraft“ in Stolzenhagen-Kratzwick.
Taucha b. Leipzig. Sperre über den Bau der Kläranlagen der Firma Jelen aus Düsseldorf.
Wahlitz. Sperre über den Unternehmer Burghardt aus Steingrimma.
Waldenburg i. Schl. Sperre über die Firma Natsch & Gedjick in Dittersbach.
Zinnowitz. Sperren über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadewasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Emke und Carl Madke in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

Bochum. Sperre über die Firma Werringloer.
Bremen. (Fliesenleger.) Streik.
Dortmund. Sperre über die Zwischenmeister Lilienthal und Sommerstein in Batrop bei Dortmund.
Essen a. d. Ruhr. Sperre über die Fliesenlegerarbeiten der Baufirma Diehl.
Geisenkirchen. Sperre über die Firma Hünebeck & Co. sowie den Zwischenmeister Jacob Weber.
Hagen i. Westf. Sperre über die Firma Georg Rüffer.
Hamburg. Sperre über die Firma Aug. Hoehne Söhne.
Manthelm-Lüdwigshafen. Sperren über die Firma Fuchs & Priester sowie über den Zwischenmeister Gustav Rost.
Kensladt a. d. H. Sperre über das Zementgeschäft von L. Matern.

Gipser und Stukkateure:

Bruchsal. Sperre über die Firmen H. Knoch, Franz Glück und E. Rullmann.
Cuxhaven. Sperre über das Geschäft von Brüggemann.
I. W. Streik.
Karlsbad i. B. Sperre über die Firma Holub.
Kattowitz. Gesperrt wegen Lohndifferenzen sind die Firmen Beilich-Gleiwitz, Baron-Königshütte und Pietruschka-Laurabütte.
Lörrach. Sperre über die Firma Wasmer.
Nürnberg. Sperre über die Arbeiten der Schwitzunternehmer Joh. Nübner und L. Schwab wegen andauernder Zahlungsunfähigkeit.
Schlottstadt. Sperre über die Firma Bertele.
Luzern (Schweiz). Zuzug farnahen.

Isolierer und Steinhölzleger:

Cöln. (Steinhölzleger.) Sperren über die Eubelit-Werke (Vertreter: D. Deppe in Cöln), Korkelit-Werke von D. Deppe und Heinrichs.
Leipzig. Die Firma Brömme ist für Isolierer und Steinhölzleger gesperrt.

Arbeitsmarkt.

Schneidmühl ist wegen sehr schlechter Arbeitsgelegenheit möglichst zu meiden.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Flensburg, Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Gr., Schleswig, Stade, Vegesack und Wilhelmshaven haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Gau Cöln.

Der christliche Bezirksleiter Lange antwortet in Nr. 40 der „Baugewerkschaft“ auf unsere Ausführungen in Nr. 38. Man merkt es seiner Antwort an, daß sie ein Verlegenheitsprodukt ist. Wie ein Getriebener sich in höchster Not an einen Strohhalm klammert, so lange an einen Schreibfehler. Auch seine ganze Redaktionsweise bringt er an den Tag, daß ein Druckfehler in der Verrechnung des Namens Baum nicht vorliegt. Nun ist es doch ersichtlich, wenn in einem Bericht ein Name zu Anfang unbedeutend geschrieben ist, so geht er in dieser falschen Gestalt durch die ganze Arbeit. So ist es auch mit unserm Bericht gewesen, in dem Baum für Baum stand. Zur Sache stellen wir nun fest, daß die Lohnerhöhung bei Gebr. Baum am 11. Juni in Gegenwart unseres Kollegen Kolos vereinbart worden ist. In der Mittagsstunde fand eine gemeinschaftliche Besprechung der bei Baum beschäftigten Kollegen statt. An dieser Besprechung nahmen Kolos und Lange teil. Darauf sind beide zu Baum gegangen und haben die Lohnerhöhung von 2 1/2 vereinbart. In der Vesperpause haben sich dann die Kollegen nach erregter Aussprache mit dem Angebot einverstanden erklärt. Lange mag schon drei Tage vorher mit Baum verhandelt haben, aber erreicht hat er nichts. Wenn Lange den Mut hat, diesen Sachverhalt abzustreiten, so tut er es wider besseres Wissen. In der Donnerstags-Sache ist uns tatsächlich eine Verrechnung des Namens unterlaufen. Es muß statt Wagner: Wahlen heißen, das war der Vorfall bei der Streikkommission. Wir halten unsere Darstellung vom letzten Bericht Wort für Wort aufrecht und schließen damit diese Auseinandersetzung unferster. Unsere Zeit ist uns wirklich zu kostbar für diesen unfruchtbaren Streit.

Gau Dresden.

Ueber die Differenzen beim Baumeister Roth in Neugersdorf i. S. schreibt uns der Gauportland: Wir sind gewohnt, daß die bürgerliche Presse oft ein & aus einem A macht. Wir wollen daher kurz den

Sachverhalt dieses Streites schildern. Baumeister Roth führt in Georgsallee, dicht an der sächsischen Grenze (bei Ebersbach), einen Neubau aus, wo er den Bauarbeitern zumute, länger zu arbeiten, als es im Vertrage vorgegeben ist. Georgsallee gehört aber nicht zum Vertragsgebiet, doch sind dort immer die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten worden, die in Neugersdorf üblich waren. Die Maurer- und Glaserarbeiter bei Roth wollten sich daher auch nicht andere Bedingungen auferlegen lassen. Der Vorfall bei der Zweigvereins in Oberfriebersdorf wurde beauftragt, mit der Firma Roth die Differenzen zu regeln. Die Firma ließ sich aber nicht in Unterhandlungen ein. Auch der Gauborger wurde versucht dann zu verhandeln. Dem wurde kurz zur Antwort: In Neugersdorf steht kein Vertrag und wir können dort machen was wir wollen. Auf die Antwort, daß dann auch die Arbeiter machen könnten, was sie wollen, und daß es doch besser sei, eine Einigung zu erzielen, wurde dem Gauborger zur Antwort: In Georgsallee haben Sie gar nichts zu suchen und wir verbiten uns, daß Sie sich da hineinmischen! Zu verhandeln gab es also nichts. Die Firma Roth wollte eben mit dem Kopfe durch die Wand. Den am Bau arbeitenden Maurern und Glaserarbeitern wurde nun freigestellt, sich entweder dem Befehl des Unternehmers zu fügen, oder aber die Arbeitszeit so einzuhalten, wie es im Vertrage steht, keineswegs aber die Arbeit einzustellen. Die Kollegen stellten sich am 4. Oktober nicht ein, sondern um 6 1/2 Uhr zur Arbeit ein, wie lässig festgelegt. Hierauf bekamen alle 18 Kollegen Freigang. Der Bau wurde gesperrt, was wohl selbstverständlich ist, nicht aber die andern Bauten des Baumeisters Roth, soweit sie unter den Vertrag fallen. Am 9. Oktober wollte die Firma Roth fünf Arbeiter von einem andern Bau nach dem gesperrten Bau senden. Dessen weigerten sich die Kollegen. Darauf erhielten sie Freigang. Mit diesen fünf Kollegen erklärten sich alle bei Roth im Vertragsgebiet wohnenden Maurer und Arbeiter solidarisch und legten ihrerseits die Arbeit nieder. In den andern Vertragsgebieten, auch im Zittauer, wird bei Roth weiter gearbeitet. Noch am selben Tage wurde vom Arbeitgeberverband eine Schlichtungskommission ernannt. Ein Vertreter der Arbeiter erhielt die Ladung um 8 Uhr, wonach er bereits um 4 Uhr in der Sitzung sein sollte. Dem Zweigverein Neugersdorf als Partei teilte man von der Sitzung überhaupt nichts mit, so daß die Kollegen den Sachverhalt gar nicht schildern konnten. Trotzdem wollten sich die anwesenden Vertreter bis auf einen Maurer bemühen, über die Sache zu entscheiden. Das Urteil war, wie gar nicht anders erwartet werden konnte, die Arbeiter sollten sofort die Arbeit wieder aufnehmen. Was mit den ausgesperrten werden soll, darüber kein Wort. Gegen drei Stimmen haben die beteiligten Arbeiter beschlossen, den Schiedsspruch nicht zu beachten und die Arbeit nicht aufzunehmen. Man wird nun über Vertragsbruch der Arbeiter schreiben und vielleicht auch Zwangsmassregeln androhen. Vielleicht sagt auch die Firma Roth, daß die entlassenen Arbeiter überflüssig waren, aber nicht gemagert oder ausgesperrt sind, so daß Roth das Recht der Entlassung gehabt hätte. Die Sache liegt diesmal aber so klar, so daß wir gelassen abwarten, was weiter geschieht. Verfügt Herr Baumeister Roth, aus dem Zittauer Vertragsgebiet Leute nach Neugersdorf zu senden, dann ist es nicht unsere Schuld, wenn der Streit noch ernst wird. Solange Herr Roth im Zittauer Vertragsgebiet nicht Willt deshalb entlassen, weil sie verweigern, auf die gesperrten Bauten zu gehen, solange eruchen wir die Kollegen, ruhig zu bleiben. Bemerkte sei hierbei noch, daß im vorigen Jahre fünf Unternehmer im Vertragsgebiet Ebersbach nicht den vertraglichen Lohn zahlten und auch die Arbeitszeit nicht einhielten. Es hat über ein Vierteljahr gedauert, ehe die Angelegenheit einigermaßen geregelt wurde. Ganz ist die Sache noch nicht in Ordnung. Ehe vom Arbeitgeberverband eine Sitzung einberufen wurde, vergingen gar zu viele Monate. Als bei Herrn Polisch im vorigen Jahre drei Kollegen entlassen, nach unserer Meinung gemagert wurden, dauerte es drei Wochen, ehe eine Sitzung einberufen wurde, obgleich dies innerhalb dreier Tage geschehen soll. Diesmal, wo es sich um einen Unternehmer handelt, ging es außerordentlich schnell. Schon vor langer Zeit haben die Arbeiter den Antrag gestellt, eine Geschäftsordnung für die Schlichtungskommission ausgearbeitet, was nämlich laut Vertrag schon 1910 geschehen sollte. Bis heute gibt es noch keine Geschäftsordnung! Die Geschäftsordnung macht der Arbeitgeberverband. Die Unternehmer lassen also den Vertrag noch recht einseitig auf. Die Arbeiter haben sich bisher dem immer gefügt. Nun tun sie einmal das, was die Unternehmer schon immer getan haben, weiter nichts; und wie oben zu sehen, kehrt die Arbeiter nur in der Abwehr. Der Angreifer war die Firma Roth, die erst die Arbeitszeit willkürlich regeln wollte, die Verhandlung ablehnte und dann noch die Arbeiter entließ, die nicht Streikbrecher werden wollten.

Gau Erfurt.

Der Streit in Röhnd wird zwischen den Parteien mit gleicher Schärfe weitergeführt. Die Unternehmer haben weitere Ansetzungen gemacht, um aus Berlin Arbeiter heranzuziehen. Drei weitere Kolonnen von zusammen 26 Mann sind im Laufe der vergangenen Woche zugezogen. Die letzte Kolonne erkannte jedoch das Unwürdige der Rolle, die man ihr zumute und nahm die Arbeit nicht auf, sondern half mit, daß die Arbeitswilligen beschließen, die Arbeit nicht mehr fortzusetzen. 29 Mann reisten demzufolge am 10. Oktober nach ab. Die andern warteten auf ihre Karten, die der Streikbrecheragent freimachen sollte. Freimachung soll in Berlin von der Staatsanwaltschaft festgehalten worden sein, als er eine weitere Kolonne werden wollte. Warum können wir nicht sagen, doch ergäben seine Kollegen allerlei schlimme Sachen von ihm. Als jetzt die Arbeitswilligen aufstehen wollten, boten ihnen die Unternehmer 1,20 pro Stunde für Maurer und 85 % für Arbeiter. Aus diesem Angebot ergibt sich, daß unser Kampf nicht mehr um 4 1/2 Lohnerhöhung geht, sondern um das Recht der Kollegen auf Mitbestimmung im Arbeitsverhältnis überhaupt. In diesem Kampfe stehen

ben Röhnd Bauunternehmern der Bund und die Röhnd Zementfabrikanten zur Seite. Sider befürchten die Fabrikanten, daß es auch bei ihnen anders wird, wenn wir unsere Forderungen durchsetzen. Dann könnte es vielleicht eintreten, daß auch die 1000 unorganisierten Zementarbeiter erkennen, wofür die Organisation gut ist. Der enge Zusammenschluß des Unternehmertums macht sich hier besonders bemerkbar.

Von den Streitenden ist bis jetzt noch keiner zum Verräter geworden. Da die Unternehmer in allen Zeitungen Leute suchen, so richten wir nochmals an alle Zweigvereine das Ersuchen, daß gut auf, daß niemand nach Röhnd Arbeit annimmt. Auf Vorschlag des Gauborger Vorstehenden sollte am 11. Oktober Verhandlung vor dem Einigungsamt sein. Im letzten Augenblick zogen die Unternehmer ihre Forderung wieder zurück, wahrscheinlich, weil ein neuer Trupp Leute angemeldet war.

Der Vorstand des Zweigvereins hat geschrieben: „In einem Bericht aus dem Gau Erfurt ist zu lesen, daß der Maurer Winterstein aus Hof mit einer Kolonne Maurer nach Röhnd geschickt ist.“ Die betreffenden Kollegen haben den Unternehmer wiederholt gefragt, ob der Streit in Röhnd zu Ende sei; immer wieder wurde ihnen geantwortet, er sei vorbei, nur eine kleine Differenz sei noch zu erledigen, die Arbeit sei im allgemeinen wieder aufgenommen worden. Erst als sie nach dort kamen, sahen sie, daß sie der Unternehmer angelogen hatte. Sie werden nun den Mann für den Schaden, den sie dadurch hatten, verantwortlich machen; Klage ist bereits eingereicht. Von den zehn Kollegen, die nach dort geschickt sind, dachte keiner auch nur im entferntesten daran, als Streikbrecher zu arbeiten, das beweist doch auch, daß sie wieder abreisten, ohne irgendwelche Ansprüche zu stellen. — Die Angelegenheit dürfte mit dieser Erklärung für den „Grundstein“ erledigt sein. In jenem Bericht in Nr. 40 war ja auch nicht behauptet worden, daß die Kollegen die Arbeit aufgenommen hätten, wohl aber war gesagt, daß die Hofer Kollegen durch Poligisten zur Baustelle geführt worden seien und erst durch die Streitenden hätten heruntergeholt werden müssen. Diese Darstellung wird auch durch obige Erklärung nicht angefochten; ein unangenehmer Rest bleibt also übrig. Die Kollegen hätten sich die peinliche Lage ersparen können, wenn sie ihre Verbandszeitung gelesen hätten.

Gau Frankfurt.

Aus Wiesbaden schreibt man uns: Einen schönen Erfolg erzielten unsere Kollegen am Kurbanneubau in Schlagenbad, der von der Firma H. Holmann & Co. ausgeführt wird. Die Firma beschäftigte vornehmlich Kollegen aus dem Raum, aus Wiesbaden, Wambach, Hattenbach, Schlagenbad, die zum größten Teil unserer Organisation noch fernblieben. Die Firma glaubte, damit dauernd billige Arbeitskräfte zu haben. Durch fortwährende Weigerung der Arbeiter zu organisieren, so daß wir in der Lage waren, am 12. September Forderungen an die Firma zu stellen. Bis dahin galte für den Maurern bei neunzehnhundertfünftägiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 50 %, bei Glaser- und Erdbauern bei elf- und sechshundertfünftägiger Arbeitszeit 39 und 40 %. Wir forderten nun für Maurer 55 %, für Glaser- und Erdbauern 40 % Stundenlohn und die neunzehnhundertfünftägige Arbeitszeit. Da die Firma Mitglied des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes ist, überwiegt in diesem die ganze Angelegenheit. Die Unternehmerorganisation teilte uns dann mit, daß am 10. September in Frankfurt a. M. auf ihrem Bureau verhandelt werden solle und uns dazu ein. Dies verlangen lehnten wir mit der Begründung ab, daß wir nur dort verhandeln, wo die Lohnfreiheit besteht. So wurde denn eine neue Verhandlung angesetzt, und zwar auf den 23. September in Schlagenbad. An diesen Verhandlungen nahmen teil ein Vertreter des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes, ein Vertreter der Firma Holmann, zwei Vertreter des Zweigvereins Wiesbaden und zwei Vertreter der in Betracht kommenden Bauarbeiter. Nach längerer Verhandlung und zweimaligem Zusammentreten der Verhandlungskommission wurde nun folgendes vereinbart: Der Stundenlohn für Maurer beträgt 55 %, für Erd- und Glaserarbeiter 48 % bei neunzehnhundertfünftägiger Arbeitszeit. Im übrigen gelten alle Bestimmungen des zurzeit bestehenden Tarifvertrags. Der Vertrag selbst ist am 12. September d. J. in Kraft getreten. Wenn auch nicht alle unsere Forderungen ganz erfüllt worden sind, so können wir uns aber doch mit dem Erfolg dieser Bewegung freuen lassen. Die Kollegen der Raumorte mögen aber aus dieser Bewegung gelernt haben, daß ihre Interessen nur im Deutschen Bauarbeiterverband gebahrt werden können und daß die ausbeuterischen Vorteile nur dann bestehen bleiben, wenn sie von der Organisation geschützt werden können. Sie sollten darum in der Agitation nicht erlahmen und immer neue Mitglieder für die Organisation zu gewinnen suchen; denn in der Vereinigung liegt unsere Stärke.

Gau Hannover.

Der Streit der Dekretierer in Hannover hatte zwei Agenten beauftragt, auf die Suche nach Streikbrechern zu gehen. Hierbei kamen sie auch nach Dransburg. Ueber ihren Erfolg schreibt man uns: Gut heimgeleitet wurde den Streikbrecheragenten Wolff und Band aus Hannover, die sich hier zum Zweck der Anwerbung von Streikbrechern umtrieben. Sie suchten mehrere Organisationen auf und bestellten sie in das von der Partei gesperrte Dorf von Wendt, Sachsenhäger Chaussee. Einer unserer Kollegen hatte davon Wind bekommen und machte sich mit mehreren Kollegen auf den Weg dorthin, wo man den Herren in unterklimten Worten ordentlich die Wahrheit sagte. Wie ein paar besoffene Rodel zogen die beiden unberrichtigte Sache wieder ab. Wägen sich alle Arbeiter auf ihr Solidaritätsgefühl bekennen, dann wird es nicht schwer werden, den Kollegen in Hannover zum Siege zu helfen.

Berichte.

Gesellschaft. Von der Veranlassung der Zahlstelle Wanne ist uns folgendes Schreiben zugegangen: „Die Zahlstelle Wanne hielt am 28. September eine auf beschließende Mitgliederversammlung ab. Dieselbe protektiert mit aller Entschiedenheit gegen den in Nr. 38 des „Grundstein“ erschienenen, in vielen Teilen unzutreffenden Artikel unter Wanne. Die Zahlstelle Wanne wird dem Verbandsvorstande einen der Wahrheit entsprechenden Bericht einreichen. Auch ersuchen wir den Verbandsvorstand, den erschienenen Artikel einer gerechten Prüfung zu unterwerfen. Die Kollegen von Wanne sind der Ansicht, daß ein berechtigter Schimpfartikel nicht dazu beiträgt, die Einigkeit und das Zusammenarbeiten mit unserer Leitung zu heben.“ — Die Kollegen in Wanne teilen Mitteilungen, von dieser Art, und für sie wahrscheinlich ehrenvollen Angelegenheiten zu schweigen und durch ruhige und eifrige Arbeit in der Organisation aufzumachen, was eine große ausgeführte Mühe verboden hat. Am in diesen Vorgehens nicht beteiligten Mitglieder der Zahlstelle sollten sich für zu gut halten, sich zu Verteidigen jener traurigen Vorzeichen aufzuerkennen. Das ist unsere Meinung.

Erzgebirge. Der Maurermeister Schubert aus Hohensieberg ist ein hartnäckiger Vertragsbrecher. Während des ganzen Sommers ließ er statt zehn, wie es der Vertrag vorsieht, elf Stunden arbeiten. Jetzt, wo seit dem 1. Oktober die vertragmäßige Arbeitszeit neun Stunden beträgt, läßt er die Pausen kürzen, damit wenigstens noch zehn Stunden herauskommen. Dabei ist Schubert Mitglied des Arbeitgeberverbandes für Regnitz-Fluss-Kohlenbain! Als er dieser Vertragsverletzung wegen vor die Schlichtungskommission gezogen wurde, versprach er, künftig zu handeln, wie es das Vertragsverhältnis fordert. Aber es blieb bei dem Versprechen. Am meisten zu bedauern ist bei dieser Sache das Verhalten der bei Schubert arbeitenden Kollegen; denn er könnte ja so nicht handeln, wenn nicht die Kollegen damit einverstanden wären. Leider machen sogar Verbandsmitglieder dies Zeichen mit.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen.

Die Kollegen in Ulfen a. d. D. beschließen in einer stark besuchten Versammlung am 11. Oktober fast einstimmig, den Vorschlag um 5 J. zu erhöhen, um die notwendig gewordene Anstellung eines Geschäftsführers für das kommende Jahr zu ermöglichen. Der Beschluß tritt bereits am 19. Oktober in Kraft. Der Verein zählt jetzt 600 Mitglieder, ebenfalls können aber noch gewonnen werden.

Gipser und Stuckateure.

Die Lohnbewegung der Gipser in Wildbad (Zweigverein Forstheim) ist erfolgreich beendet worden. Von sieben Gipsermeistern haben fünf den Tarifvertrag unterschrieben, die anderen zwei beschäftigten keine Gesellen. Die Gipser in Wildbad können stolz auf diesen ersten Erfolg sein. Die Organisation ist noch jung. Kaum ein Jahr ist es her, daß die Zahlstelle gegründet wurde, und schon ist eine Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses erfolgt und ein Tarifvertrag abgeschlossen, der erhebliche Vorteile bringt. Der Stundenlohn war bis zu diesem Jahre 50 J., er wird jetzt erhöht auf 55 J., steigt im nächsten Jahre auf 59 J. und im Jahre 1914 auf 62 J. Das bedeutet eine Lohnsteigerung von 12 J. die Stunde. Außerdem wurde erreicht: eine Regelung der Arbeitszeit mit einer Verkürzung an Sonnabenden und vor hohen Feiertagen. Für Überstunden muß ein Zuschlag von 50 pSt. für Sonntagsarbeit ein solcher von 100 pSt. gezahlt werden. Für auswärtige Arbeit mit täglicher Miete beträgt der Zuschlag pro Tag 80 J., bei Übernachtungen 120 J. Die Vorarbeiten ist nicht zulässig, der Lohn muß wöchentlich gezahlt werden. Diesen schönen Erfolg haben die Kollegen ihrer Einigkeit und dem Einflusse des Bauarbeiterverbandes zu danken. Möge das ein Ansporn für die übrigen Arbeiter des Baugewerbes sein, den Kollegen des Gipserverbandes nachzusehen.

Gera. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Sektion nahm den Bericht von der Stuckateurkonferenz entgegen und beschloß sich unter anderem mit den Zuständen auf dem Neubau des Warenhauses Reich. In der Diskussion des Berichtes beantragten einige Kollegen, daß die Konferenz die Delegiertenwahlen zum Verbandstag vorgenommen hat. Die Redner sprachen die Erwartung aus, daß dies in Zukunft den Kollegen überlassen bleibt. Im übrigen war man mit dem Ergebnis bis auf einige Punkte einverstanden. Zurzeit sind hier etwa 75 Kollegen beschäftigt. Davon arbeitet der größte Teil bei der Firma Casparie aus Berlin. Es wurde festgestellt, daß eine ganze Anzahl Kollegen von Berlin nach Gera geschickt wurden und hier ohne Auslösung arbeiten. Es wurde scharf getadelte, daß Kollegen auf Umwegen nach Gera fuhren, um auf diese Weise die Auslösung zu umgehen. In der Diskussion wurde deshalb das Verhalten der Berliner Kollegen scharf kritisiert. Einige Lohnbewegungen mit und ohne ArbeitsEinstellung wurden durchgeführt, aber trotzdem haben die Kollegen noch nicht den Lohn, den sie mit Auslösung haben müßten. Ein Antrag, einer Kommission die Regelung der Auslösungsfrage mit der Firma Casparie zu übertragen, fand keine Zustimmung. Vielmehr glaubten die Kollegen, daß auf diese Art etwas zuzusetzen in die Sache gekommen wäre. Dadurch war es aber auch unmöglich gemacht, irgend etwas in dieser Angelegenheit zu unternehmen, zumal die Arbeit dem Ende zugeht. Ein Teil dieser Kollegen wird wohl dann nach Witten beordert werden; denn dort hat die Firma ebenfalls ein Warenhaus in Arbeit. Daher wurde verlangt, daß die Sektion Witten von dieser Angelegenheit in Kenntnis gesetzt wird, vielleicht wäre es ihr möglich, geeignete Schritte dagegen zu unternehmen. Bedauernd wurde noch, daß die Kollegen so leicht karibisiert werden. Bei einigen guten Willen der Kollegen wäre es doch ein leichtes, die Firma zur Einhaltung des Tarifes zu zwingen.

Samm l. W. Die erste Streikwoche ist vorüber. Leider war der Zug ziemlich stark, es gelang uns aber alles wieder abzuschließen, obwohl verschiedentlich die Arbeit schon aufgenommen war. Es ist auffallend, daß sogar organisierte Kollegen hier zugezogen kamen, obwohl doch schon in den Nummern 39 und 40 vor Zug gewarnt wurde. Auf unsere Vorstellungen bekamen wir zur Antwort: Das hab ich nicht gelesen, aber: Ach, der „Grundstein“ legen wir einfach dahin; da steht doch nichts drin. Solche Antworten bekommt man zu hören. Fast alle Zugfahrer sind auf die Anzeige des „Deutschen Arbeitsmarkts“ herein gefallen. Als wenn sich nicht jeder organisierte Kollege jagen müßte, daß etwas dahinter steckt, wenn eine Firma 30 bis 40 Stuckateure sucht! Dann nimmt man doch sein Fachorgan und liest unter den Lohnbewegungen und Differenzen nach, was dort los ist. Darum Voricht bei solchen Anzeigen im „Deutschen Arbeitsmarkt“. So einmüßig wie hier in Samm und in Bedum, wo der Unternehmer Lohn noch eine Fiktion hat, die Kollegen die Arbeit niederlegen, so ungeschick haben sich fünf Bielefelder Stuckateure benommen, indem sie uns in Bedum in den Rücken stießen. Es sind dies die drei Brüder Maurer, Schatz, die schon seit der bekannten Düsseldorf Gerichtsverhandlung aus unserem Verbands ausgeschlossen sind, und die bis jetzt bei uns organisierten Stuckateure Gennig und Adert. Diesen beiden sagten wir schon am 19. September, nachdem sie hier in Arbeit getreten waren, wie handien hier in der Bewegung und es wäre doch besser, sie reisten wieder ab. Sie versprachen auch, am 21. September die Arbeit aufzugeben, ließen sich die Stunden aufschreiben, ihre Sachen nach der Bahn bringen, und am Montag morgen fuhren sie für denselben Unternehmer nach der eine Station von Samm entfernten Besche „Maddob“, um dort wieder anzufangen; sie begingen also einen offenen Bruch der damaligen Sperre über sämtliche Unternehmer. Als wir nun am 4. Oktober beschloßen, ohne Tarif nicht weiter zu arbeiten, wurde das auch sofort diesen fünf Leuten mitgeteilt, und zwar am anderen Morgen. Sie wurden an dem Tage gerade mit ihrer Arbeit fertig; sie sagten, sie wollten nichts davon, wenn aber der Kollege kam und ihnen das mitteilte, hörten sie sofort auf; Streikbrecher würden sie nicht. Natürlich mußte Kollege Mühlgen sofort einhaken und sie versprachen nun auch, auszuhören. Das Geschick kam wieder zur Bahn und nun ging's, natürlich wieder für denselben Unternehmer, nach Bedum. Die Herren glaubten wohl, dort würde sie nicht erwidert; aber sie hatten sich getäuscht. Vorläufig tut die Handlung nichts. Dieser Leute dem guten Glauben des Streiks keinen Abbruch. Wir verzichten hier darauf, ein solches Treiben näher zu kennzeichnen; es ist ja auch nicht nötig; denn das weiß ja jeder ehrliche organisierte Arbeiter, daß diese Leute für ihn erledigt sind.

Holierer und Steinholzleger.

Nachdem der Inhaber der Firma A. Saake dem zwischen den Vertretern der Firma und unserer Organisation vereinbarten Tarifvertrag zugestimmt hat, sind damit die getroffenen Vereinbarungen am 15. Oktober in Kraft getreten. Ausgenommen davon sind jedoch alle Arbeiter, die bis zum 5. Oktober 1912 angefangen wurden; diese müssen bis zum 1. Januar 1913 noch zu den alten Bedingungen festgelegt werden.

Diese Übergangsbestimmungen dienen hauptsächlich zum Schutze der Kollegen, die bereits größere Arbeiten zu den alten Tarifbedingungen angefangen hatten. Alle Arbeiten aber, die zwischen dem 5. und 15. Oktober angefangen wurden, fallen unter die neuen Bestimmungen. Ferner sei hier nochmals festgestellt, daß die in der letzten Nummer des „Grundstein“ zum Abdruck gebrachten Lohnsätze usw. nur für die von der Firma in Gelle eingestellten und dort anfassigen Arbeiter gelten. Für die von den Filialen beschäftigten Holierer usw. gelten die am Orte dieser Filialen mit den übrigen Firmen abgeschlossenen Verträge auch bei auswärtigen Arbeiten.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Bayreuth. Am 10. Oktober zerbrach am Spiritusreinwand beim Kesseltransport ein Träger und ein ziemliches Stück Eisenbetondecke, wobei der dort beschäftigte Monteure mit in die Tiefe stürzte. Er blieb glücklicherweise ohne Verletzungen, aber gleichwohl zeigt der Fall, daß der Schutz für Leben und Gesundheit der dort beschäftigten Arbeiter verbesserungsbedürftig ist.

Borna. Am 9. Oktober stürzte am Neubau des Magazins der Kollege G. Rost beim Abrücken aus einer Höhe von 5 m ab und erlitt einen Rippenbruch. — Am 10. Oktober stürzten drei Mann mit einer Deckenabhebung 4 m hoch ab, wobei zwei von ihnen nicht unerheblich verletzt wurden. Dieser Unfall war dadurch verursacht, daß sich die Träger verschoben, infolgedessen glitten die Holzeisen ab und da mußte die Seilung stützen. Dieser Unfall hätte leicht mehr Opfer fordern können, da unter der Seilung mehrere Arbeiter arbeiteten.

Braunschweig. Der Kollege Bernh. Beulcke, beim Unternehmern Göppler beschäftigt, der einen Neubau am Büttenweg ausführt, stürzte am 8. Oktober, morgens 7 1/2 Uhr, auf unauffällige Weise eine Treppe hinunter. D. wurde beunruhigend gefunden und mit dem Sanitätswagen nach dem Krankenhaus gebracht.

Brieg. Am 4. Oktober stürzte der Kollege Wilhelm Scholz beim Balkenlegen aus einer Höhe von etwa 2,70 m ab und erlitt schwere innere Verletzungen.

Dresden. Am Neubau des Unternehmers Richter am Bettnerplatz fiel am 4. Oktober der Hilfsarbeiter Max Rehle infolge eines Fehltritts mit dem Schubkarren 2 m tief ab und zog sich dabei ansehnliche innere Verletzungen zu. Rehle konnte sich noch selbst nach seiner Wohnung begeben.

Hamburg. In der letzten Woche haben sich hier zwei Hauseinstürze ereignet, bei denen aber niemand verletzt wurde. Am 8. Oktober stürzte ein Teil eines Hauses am Ausschläger Wildberg ein. Das Haus stand unmittelbar an der Wille, wo der Boden sehr moorig ist. Die neben dem Hause stehenden drei Nachbarhäuser sind nicht gerammt, sondern auf eine Betonsohle gestellt. Es ist möglich, daß dies den Einsturz verursacht hat. Möglicherweise ist er auch dadurch herbeigeführt, daß sich die Lisenauer, die mit dem Fundament des Hauses verankert war, gelöst hat. Die Einsturzfahrt wurde rechtzeitig bemerkt, so daß die Einwohner das Haus verlassen konnten, ehe der Einsturz erfolgte. — Am 5. Oktober stürzte auf Steinwärders ein einstädtiger Kontorbau ein. Hier ist die ungeschickte Ausführung der Betonarbeiten und der mit Luftschicht versehenen Ringwände die Ursache des Einsturzes gewesen. Beide Fälle beweisen die Unzulänglichkeit der hamburgischen Bauaufsicht.

Hamburg. Auf dem Bau „Marienhilf“, ausführender Unternehmer Geuer, saßen am 4. Oktober etwa 30 Arbeiter in einem Zimmer, das als Baubüro dient, beim Frühstück, als plötzlich die Decke, die nach kleinstem Wulst hergestell ist, nachgab und die ganze Frühstücksgesellschaft im Keller verschluckt ließ. Weil die Decke von unten gepußt wurde, stand unter ihr ein Gerüst, das die Last aufnahm. Aus diesem Grunde kamen alle Mann, die fast alle die offenen Fenster in der Hand hatten, ohne erheblichen Schaden mit dem Schrecken davon. Leider kam der Vorfall erst am Abend zu Ohren des Obmannes der Bauarbeiterkommission, der sich am 5. Oktober, morgens, über den Unfall an Ort und Stelle unterrichten wollte, aber auf Widerstand beim Polier stieß und an den Unternehmer Geuer verwiesen wurde. Da der Obmann in einem andern Falle das Bauamt bezüglich um Hilfe gebeten hatte, wurde er jetzt beim Gewerkschaftsleiter vorgeführt. Der Gewerkschaftsleiter Dr. Gusemann bestellte den Obmann um 12 Uhr zum Bau. Der Polier Koller hatte zunächst das große Wort und fragte den Herrn, wer er sei. Als Dr. Gusemann sich als Beamter der Gewerkschaften legitimiert, folgte der Polier ohne Wut. Nach vielen Querfragen durch den Beamten mußte der Polier dem doch einsehen, daß er der Schuldige sei; denn, wie der Beamte behauptete, habe er vom Meister gutes Material zu verlangen; die Ausführung der Arbeit liege ihm ob; und wären hier Leute tödlich verletzt worden, trafe ihn die Verantwortung. „Es mag hierbei bemerkt werden, daß die 5 m der Unfallstelle liegende Decke aus schon 5 cm Durchbiegung hat, also sehr leicht auf die Darunterstehenden hätte stützen können. Auf die Frage, ob die Decke gepußt sei, erklärte Koller, daß etwa 30 Zentner draufgelegt hätten, worauf der Beamte erklärte: und dreißig Menschen, also die doppelte Last, schiden Sie darauf auf! Also haben Sie Ihre Belastungsprobe mit Menschenfleisch gemacht! Wertungsrecht ist, daß Koller einen Kollegen, den er mit Namen nannte, begünstigen wollte, die Decke gemacht zu haben — aber der sei im Verband und täte nie wie ihm befohlen“, worauf der Meister erklärte, daß das eben Sache des Maurers selbst sei, sich zu organisieren oder nicht. „Sie als Polier haben die Leute so zu überwachen, daß das, was angegeben wird, auch gemacht wird, und wenn das nicht geschieht, sind Sie Ihren Posten nicht gewachsen. Sagen Sie Ihrem Meister, daß die Decke gepußt werden müssen; ob sie den Druck ausfallen, der verlangt wird; denn wir können nicht betrunken sein, das ein Institut wie dieses, wo später Kranke Genesung finden, einer Menschenfalle gleichzustellen ist.“ Sofortlich nimmt sich dieser Polier diese wohlverdiente Zurechtweisung zu Herzen.

Ketzin. Am 7. Oktober stürzte in der Gohliser Kirche ein Elektrikmonteur bei einer Reparaturarbeit circa 5 m hoch von einer Leiter ab und blieb benutzlos liegen. Wegen der erlittenen inneren Verletzungen mußte er nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Obernburg i. Gr. (Zweigmehre Bauunfälle an einem Tage.) Beim Neubau des Kessels- und Maschinenhauses der Spirit- und Gasefabrik ereignete sich am 7. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, ein schwerer Unfall, indem der Zimmerer Karl Brand beim Krühen des Dachstuhl aus circa 12 m Höhe abstürzte und unten auf die festgestellte harte Betonplatte fiel. Der Abgestürzte, der amnestend schwere innere Verletzungen erlitten hat, wurde mit dem Krankenwagen ins Krankenhaus befördert. Als Ursache dieses beunruhigenden Unfalles ist wohl die eigene Unvorsichtigkeit des Gestürzten anzusehen. Wenn man sich die Sorglosigkeit der in solcher Höhe arbeitenden Kollegen ansieht, muß man sich oft wundern, daß nicht noch viel mehr dergleichen Unfälle passieren. Alle Kollegen in den Fachblättern, alle Ermahnungen der Bauarbeiterkommission vermögen dem keinen Einfluß zu geben. Erst wenn das Unglück geschehen und ein blühender gesunder Mensch zum Krüppel geworden ist, erinnert man sich, wie auch in diesem Falle, der notwendigen Schutzmaßnahmen und deckt die gefährlichen Stellen mit Brettern ab. Wären die Kollegen vorher so vernünftig gewesen, so wäre dieser Unfall vermieden worden. — Der zweite Fall trug sich ungefähr zu derselben Zeit auf dem Neubau des städtischen Elektrizitätswerkes zu, wo ein Schlosserlehrling abstürzte, der damit beschäftigt war, unter einer gewölbten Decke Löcher durch die Planen der Eiserträger zu bohren. Er stand dabei auf einer Strohleiter, während ein paar über einander gestellte große Kisten als Stützpunkt für die mit elektrischem Antriebe versehenen Bohrmaschine dienten. Als nun Leiter und Kisten weitergerückt werden sollten, stieg der Schlosser mit der Bohrmaschine im Arm die Leiter herunter und beschloß sich rückwärts stützend die an der Decke festgestellte Arbeit. Hierbei kam er nun einem Schachtloch zu nahe, das zu einem Materialaufzug benutzt wurde und nicht eingefriedigt war, und stürzte, rüttelnd circa 3 m tief in die untere Etage hinab. Er erlitt ansehnliche schwere Verletzungen am Kopf, außerdem war der eine Arm durch die mitfallende Bohrmaschine verletzt. Der Verletzte wurde mit einer Drochse nach seiner Wohnung geschafft.

Oschatz. Am 11. Oktober stürzte der Klempnermeister Barche aus Wernsdorf am Neubau der Landesbeschickungsanstalt Hüttenbusch bei Oschatz aus einer Höhe von circa 16 m von der Decke und land nach wenigen Minuten Schutzvorrichtungen oder Anlegegurte, wodurch der Unfall hätte verhütet werden können, waren nicht vorhanden.

Danzig. Vorm. 10 Uhr im Lokale Fischmarkt 6. - T.:D.: Abrechnung v
ritten Quartal. Passenangelegenheiten.

Warum müssen wir Gewerkschafter uns auch als Konsumenten organisieren?

Kaum jemals war eine Zeit so geeignet, der großen Masse der unbemittelten Volksschichten die Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Organisation vor Augen zu führen, als die heutige. Die Preise der notwendigen Bedarfsartikel haben eine Höhe erreicht wie kaum je zuvor. Staat und Kommune, so ungetrübte beide dem privaten Zwischenhandel zu nahe treten möchten, sehen sich gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, die eine Minderung der Lebensmittelpreise herbeiführen sollen. Diese Maßnahmen müssen Halbmäßigkeiten bleiben, weil die Dinge in Deutschland zurzeit so liegen, daß nicht das Wohl des Volkes, sondern das Wohl der agrarischen Produzenten und des mittelständlerischen Zwischenhandels höchstes Gesetz ist. Von diesen Mächten loszuwerden, muß das Ziel der Konsumenten sein. Dieses Ziel kann nur erreicht werden auf demselben Wege, auf dem politische und gewerkschaftliche Ziele erstrebt werden, auf dem Wege der Organisation.

Die Organisation des Konsums

Ist neben der politischen und gewerkschaftlichen Organisation berufen, die Arbeiterklasse wie alle unbemittelten Schichten des Volkes wirtschaftlich zu kräftigen und von der Ausbeutung durch privatkapitalistisches Produzenten- und Händlerkum zu erlösen. Diese Erkenntnis ist heute nicht mehr umstritten, alle Interessensvertretungen der Arbeiterschaft haben ihr zugestimmt und lassen fortwährend an die Arbeiter den Ruf ergehen:

Schließt euch den Konsumvereinen an!

Dieser Ruf ist auch nicht ohne Erfolg gewesen. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine, die weitestläufigste Konsumentenorganisation in Deutschland, zeigt seit seiner Gründung im Jahre 1903 folgende Entwicklung:

Jahr	Zahl der Verbände	Zahl der Mitglieder	Zahl der beschäftigten Personen	Umsatz M.
1903	666	578 085	6 440	148 006 577
1904	745	646 175	7 619	165 892 592
1905	827	715 929	8 721	188 418 769
1906	900	776 999	9 759	207 888 036
1907	959	879 221	11 472	238 208 100
1908	1028	966 904	13 145	276 059 762
1909	1077	1 047 975	14 294	298 278 256
1910	1109	1 171 763	16 403	354 887 245
1911	1142	1 313 422	19 073	355 503 974

So erfreulich der Fortschritt der Konsumentenorganisation, der sich in vorstehenden Zahlen ausdrückt, auch ist, so kann er doch nicht befriedigen. Es ist zu berücksichtigen, daß in der angegebenen Zahl der Mitglieder ein erheblicher Teil entfallen ist, der für die gewerkschaftliche Organisation nicht in Betracht kommt. Wenn man demgegenüber feststellt, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände am Schluß des Jahres 1911 insgesamt 2 421 465 Mitglieder zählten, so ergibt sich noch ein weites Feld für die gewerkschaftliche Agitation, selbst wenn man von dieser Mitgliederzahl diejenigen abzieht, die wiederum für die Konsumentenorganisation nicht in Frage kommen, weil sie keinen eigenen Hausstand führen.

Weshalb muß aber jeder organisierte Arbeiter, der dazu in der Lage ist, das heißt, der einen eigenen Hausstand führt, einem Konsumverein angehören? Weshalb darf auch nicht einer zurückbleiben?

Weil die im Zentralverbände deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen Genossenschaften eine notwendige Ergänzung der Gewerkschaften darstellen, weil derjenige Arbeiter, der zwar einer politischen und gewerkschaftlichen Organisation, aber keinem Konsumverein angehört, dadurch nicht nur selbst der Vorteile des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses verlustig geht, sondern auch seinen Klassen Genossen diese Vorteile schmälert!

Worin bestehen diese Vorteile?

Im Konsumverein erhält der Arbeiter, soweit das unter den heutigen Verhältnissen irgend möglich ist, gute, unverfälschte Waren zu möglichst billigen Preisen. Die Konsumvereine sind ebenso wie die Gewerkschaften demokratische Organisationen, deren Verwaltungskörpern von den Mitgliedern gewählt werden. Im Konsumverein hat niemand ein Interesse daran, die Mitglieder zu überbieten, denn niemand hätte einen Nutzen davon.

Ueber die Vorteile hinaus, die jedem Konsumvereinsmitgliede zugute kommen, hat der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter jedoch weit höhere Interessen in der Genossenschaft wahrzunehmen.

Die im Zentralverbände deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen Genossenschaften haben sich neben der Versorgung der Mitglieder mit den notwendigen Bedarfsartikeln zur Aufgabe gesetzt:

1. allen in den Genossenschaften beschäftigten Arbeitern und Angestellten vorbildliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bieten, dadurch nicht nur den gewerkschaftlichen Forderungen zu entsprechen, sondern auch der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in privatkapitalistischen Betrieben die Wege zu ebnen;

2. auf der Grundlage des organisierten Konsums zur Eigenproduktion aller derjenigen Waren zu schreiten, die sich hierfür eignen.

Die einzelnen Konsumvereine, soweit sie kapitalkräftig genug waren, sind mit großem Erfolge dazu übergegangen, für den örtlichen Bedarf Bäckereien und Schlächtereien zu errichten, alkoholfreie Getränke und dergleichen mehr in eigenen Betrieben herzustellen. Die Konsumvereine des Zentralverbandes haben Ende 1911 bereits 3176 Personen in der Eigenproduktion beschäftigt und im Jahre 1911 für M. 62 891 980 Waren in eigenen Betrieben hergestellt. Während die betriebliche Eigenproduktion durch die Konsumvereine schon seit längerer Zeit betrieben wurde, ist es erst neuerdings möglich gewesen, zur Eigenproduktion auf zentraler Grundlage zu gelangen. Dazu war die Voraussetzung eine genügende Erstarkung der

Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H.

die im Jahre 1894 gegründet wurde und aus kleinsten Anfängen heraus sich immer mehr ihrem Ziele nähert, die Großeinkaufszentrale der im Zentralverbände deutscher Konsumvereine organisierten Genossenschaften zu werden.

Die Entwicklung der Großeinkaufs-Gesellschaft oder der G. E. G., wie sie abgekürzt genannt wird, ergibt sich aus nachstehender Tabelle der Jahresumsätze:

Jahr	Markt	Jahr	Markt	Jahr	Markt
1894	541 471	1900	7 956 335	1906	46 503 237
1895	1 878 751	1901	15 137 761	1907	59 866 220
1896	3 264 726	1902	21 568 549	1908	65 778 277
1897	4 956 407	1903	26 445 889	1909	74 915 813
1898	5 579 035	1904	33 929 405	1910	88 669 649
1899	6 296 072	1905	38 780 199	1911	109 605 469

Um Fabriken für die Eigenproduktion auf zentraler Grundlage errichten und betreiben zu können, bedarf es eines festen, gesicherten Absatzes in den in Frage kommenden Artikeln und einer ausreichenden Kapitalkraft. Je mehr Mitglieder die Konsumvereine zählen, je größer ihr Umsatz in den verschiedenen Waren ist, um so eher können sie neben der örtlichen Produktion zur zentralisierten Eigenproduktion durch die G. E. G. schreiten, um so mehr Arbeiter und Angestellte können in eigenen Betrieben zu vorbildlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden, um so mehr Einfluß kann auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in privatkapitalistischen Betrieben ausgeübt werden.

Zur Vorbereitung der Eigenproduktion auf zentraler Grundlage bedient sich die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine der sogenannten Eigenpackung, das heißt, gewisse Waren werden in einer Verpackung verkauft, die mit der eingetragenen Schutzmarke der Gesellschaft, dem Zeichen



versehen ist, ebenso wie die von der Gesellschaft selbst hergestellten Waren.

Die Schutzmarke hat den Zweck:

1. die Eigenpackung der Großeinkaufs-Gesellschaft leicht erkennlich zu machen,
2. dem Konsumenten ein Garantiezeichen für gute und preiswürdige Ware zu sein.

Die Eigenpackung ist ein Schutz gegen willkürliche Preise der Fabrikanten, ein Mittel zur Befreiung der Konsumenten von den teuren Markenartikeln.

Die Eigenpackung ist bei gleicher Qualität der Produkte meist billiger als die Konkurrenzprodukte.

Die Eigenpackung fördert die Unabhängigkeit und die Bewegungsfreiheit der G. E. G. und der Konsumvereine, da ein Zwang zum Einkauf der durch hohe Markenkosten verteuerten Markenartikel nicht mehr besteht.

Die Eigenpackung bringt eine Vereinfachung und damit eine Verbilligung in den Betrieb der Vereine, indem sich dessen Personal nicht mehr mit einer ganzen Anzahl von verschiedenen Marken unnötigerweise abzumühen braucht.

Die Eigenpackung ist eine kostenlose Propaganda für das Genossenschaftswesen, sie macht die Konsumenten auf die Konsumvereine, statt auf Privatgeschäfte aufmerksam.

Die Eigenpackung erspart den Konsumenten die Kosten für teure Zugspadungen.

Die Eigenpackung bedeutet eine notwendige Vorarbeit zur Lösung des Problems der Eigenproduktion. Die G. E. G. macht sich von fremden Marken frei, gewöhnt die Konsumenten an ihre eigene Packung mit Schutzmarke und konzentriert ihren Umsatz in rationellster Weise.

Gegenwärtig betreibt die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine drei Zigarrenfabriken, eine Seifenfabrik und eine Zandholzfabrik, letztere erst seit September 1912. Im Jahre 1911 wurden für M. 1 856 739 in eigenen Fabriken hergestellte Zigarren und für M. 4 686 198 in eigener Fabrik hergestellte Seifen abgesetzt. In den Fabriken der Gesellschaft wurden Ende 1911 409 Arbeiter und 410 Arbeiterinnen beschäftigt. Außerdem beschäftigte die Gesellschaft, die neben der Zentrale in Hamburg sieben Warenlager zur Versorgung der Konsumvereine in den verschiedenen Bezirken Deutschlands unterhält, noch 478 kaufmännische und sonstige Angestellte und Arbeiter.

Die genossenschaftliche Eigenproduktion auf zentraler Grundlage durch die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine ist, wie schon oben erwähnt, erst in den Anfängen begriffen. Beschlossen ist, weitere Fabriken für die Herstellung von Holzwaren und von chemischen Produkten (Schuhschneidemaschinen usw.) sowie eine Dampfmühle zu errichten. Wie bald diese Beschlässe verwirklicht werden können, wie bald die Errichtung weiterer Fabriken folgt, hängt davon ab, in welchem Maße die Stärkung der Konsumvereine und ihrer Großeinkaufs-Gesellschaft vor sich geht.

Ueber die Bedeutung der Konsumentenorganisation auf genossenschaftlicher Grundlage, wie sie die Massen zur Selbstverwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen heranbildet, die wiederum zur Umwandlung des kapitalistischen in ein sozialistisches Wirtschaftswesen beitragen, ist schon viel geschrieben worden. Auch diese Gründe müssen den organisierten Arbeiter bestimmen, den Konsumvereinen beizutreten, aber noch viel mehr muß

jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter

sich verpflichtet fühlen, die unmittelbare Förderung der Gewerkschaftsbewegung, wie sie die vereinigten Konsumgenossenschaften durch die örtliche und zentrale Eigenproduktion, durch die Schaffung von Musterbetrieben erstreben, zu unterstützen.

Um so mehr muß diese Pflicht erfüllt werden, als sie im Gegensatz zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation keine Opfer erfordert, sondern im Gegenteil nur Vorteile verschafft. Es gilt nichts anderes zu überwinden als die Gleichgültigkeit, die Bequemlichkeit und die Gebantenlosigkeit aller derer, die heute den Konsumvereinen noch fernstehen. Darum frisch ans Werk, Gewerkschafter! Wer es ernst mit der Organisation der Arbeiter, mit ihrer Befreiung von der Ausbeutung in jeglicher Form meint, der agitiert unermüdet in der Werkstatt, in der Versammlung, bei jeder passenden Gelegenheit nicht nur für die politische, nicht nur für die gewerkschaftliche, sondern auch für die genossenschaftliche Organisation, der ruft seinen Arbeitskollegen so lange, bis auch der letzte der Aufforderung gefolgt ist, zu:

Hinein in den Konsumverein! Kauft alles im Konsumverein! Bevorzugt bei Einkäufen stets die Marke!